

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. — Reichsmark voraus zahlen.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Reiz“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Feilens „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Magazinpreise:
Die einflussreiche Monatszeitschrift „Die Welt“...

Maßstab für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 11. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 37 134 — Verkaufsstelle: Bank der Arbeiter, Unsterbliche und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Leipzigerstr. 1.

Die Internationale gegen Mussolini.

Botschaft des Sekretariats an die italienischen Arbeiter.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat, als die Nachricht von der Auflösung der italienischen Sozialistischen Partei...

Genossen Italiens!

Erst gestern hat die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einen ausführlichen Bericht über die Gefahren entgegenkommen, in denen sich eure Bewegung befindet...

Heute nun erfahren wir mit tiefer Bewegung, daß das Schicksal, das die italienischen Genossen vorausgesehen, sich bereits erfüllt hat.

Euer Kämpfer Matteotti ist von den Faschisten ermordet worden. Nun ist die Partei Matteottis, die Partei, die wir stolz in den Reihen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale als Mitglied zählten...

Aber ebenso wie Matteotti heute in den Herzen der Proletarier aller Länder lebendig ist als jemals, ebenso wird wieder lebendig werden die Sozialistische Partei Italiens...

Genossen, wir wissen, welche harte Zeit ihr nun ohne eure legale Organisation, ohne jede Möglichkeit, eurer Meinung in der Presse Ausdruck geben zu können, zu erdulden haben werdet.

Und so senden wir von den Millionen Proletariern, die unserer Internationale angehören, euch den brüderlichen Gruß internationaler Solidarität: Es lebe die „Giustizia“! Es lebe die sozialistische Partei Italiens!

Glückwunsch an Vandervelde.

Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale richtet an den Genossen Vandervelde-Brüssel folgendes Telegramm:

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat mit freudiger Bewunderung von der Haltung erfahren, die der sozialistische Minister Genosse Vandervelde gegenüber dem Oberhaupt der faschistischen Mörderregierung in Venedig persönlich eingenommen hat.

Die Ausschreitungen in Brescia und Triest.

Rom, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) In Brescia haben die Faschisten die Druckereien zweier Oppositionsblätter gestürmt und die Einrichtungsgesamtheiten zerstört.

Noch keine Ministerkrise.

Paris, 10. November. (WLB.) Im Ministerrat hat Poincaré erklärt, daß er morgen vor dem Finanzausschuß wieder erscheinen werde.

Ein Vorschlag der Linksparteien.

Paris, 10. November. (WLB.) Die Sitzung der Verbände der Linksparteien, die auf heute nachmittags aufgeschoben war, wurde um 5.30 Uhr ausgenommen und endete kurz nach 7 Uhr mit der Beauftragung der Abgg. Molog und Cazals, sich nochmals zum Ministerpräsidenten Poincaré zu begeben...

Deutschland und der Krakauer Prozeß.

Die Disjunktiv-Akten übergeben.

WLB. meldet: Das Auswärtige Amt hat der polnischen Gesandtschaft in Berlin eine beglaubigte Abschrift der Akten über den ukrainischen Studenten Disjanski überhandt, der sich selbsterhängt vor dem Amtsgericht in Weihen als Urheber des auf den polnischen Staatspräsidenten in Lemberg im September v. J. verübten Attentats bezeichnet hatte.

Hoffentlich wird die Warschauer Regierung nunmehr erkennen, daß die Weiterführung des Prozesses gegen den an dem Attentat unschuldigen zionistischen Studenten Steiger ein Aufzuzug wäre, der in der ganzen Kulturwelt als eine polnische Auflage der Dreyfus-, bzw. der Frenschach-Affäre angesehen würde.

Der neue Fall Giesche.

Deutsches Nationalvermögen und deutsche Nationalisten.

Es erregte gewaltiges Aufsehen, als Genosse Reil Ende Juli v. J. in einer großen Rede über die Steuerdrückerei der Großkonzerne nachwies, daß die feudalen Besitzern gehörige Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesches Erben, ein mehr als 200 Jahre altes Unternehmen, bis zum Kriege von allen Staats- und Reichssteuern befreit gewesen ist...

Wie viele andere Unternehmungen der Großindustrie, so wurde auch die Giesche-Gesellschaft in der Zeit der Stabilisierung notleidend. Nicht als ob sie irgendwelche Einbußen an ihren Vermögenswerten erlitten hätte — die Sache spielte sich anders ab. Eine nicht gerade solide Führung der Finanzgeschäfte riß die Gesellschaft in immer höhere Schulden hinein...

Als im Jahre 1921 die willkürliche Teilung Oberschlesiens eine Trennung zusammengehöriger Produktionsgebiete herbeiführte, gab es in der deutschen Presse nur einen Ausschrei der Entrüstung über diesen neuen Raub an Bodenschätzen...

Die ganze Angelegenheit wäre höchstens von privatwirtschaftlicher Bedeutung, und in einer privatkapitalistischen Wirtschaft ohne wesentliches Interesse, wenn nicht zugleich mit dem Verkauf der polnischen Felder und Hütten die Zukunft des deutsch gebildeten Teiles der ober-schlesischen Zinkbasis dem internationalen Kapital ausgeliefert würde.

Die Krise des Linkskartells.

Einigung in der Finanzfrage unmöglich.

Paris, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die neue politische Krise durch die Segnerschaft fast aller Parteien gegen das Finanzprogramm des Ministeriums Poincaré hat ihren Höhepunkt erreicht. Als die Beratungen der Finanzkommission auch heute zu fortgesetzten Widersprüchen in der Haltung der Kartellparteien führten, verließen die sozialistischen Mitglieder die Kommission. Leon Blum verlangte im Namen der Fraktion die sofortige Einberufung einer Delegiertenkonferenz der Linken und stellte dort Klipp und klar die Frage, ob die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen in Zukunft von allen Parteien eingehalten werden oder nicht.

Offizielle Darstellung.

Paris, 10. November. (WLB.) Poincaré hat heute vormittag eine Delegation der sozialistischen Kammerfraktion, bestehend aus den Abgg. Blum, Vincent Aurioi, Renaudel und Bedouce empfangen. Ueber diese Unterredung glaubt Havas auf Grund von Mitteilungen einer autorisierten Persönlichkeit berichten zu können, daß über die sachliche Entwicklung der Sanierungsgeheulde fast ein Abkommen erzielt sei, daß aber noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialisten und der Regierung hinsichtlich des Durchführungsverfahrens bestehen.

Niederlage der Regierung im Ausschuß.

Paris, 10. November. (WLB.) Der Finanzausschuß der Kammer hat mit 12 gegen 7 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialisten die Bestimmung des Regierungsentwurfes abgelehnt, die eine Besteuerung der Rentenpapiere vorsieht. Durch diese Abstimmung wird die im Gesetzentwurf vorgesehene Auf-

Preußens. Durch den Eintritt der Amerikaner in das Geschäft ist der Plan in sein Gegenteil verkehrt worden.

Den Amerikanern, als einem internationalen Metallkonzern, liegt natürlich nur an dem Erz als Objekt des Handels und der Verarbeitung. Es ist ganz selbstverständlich, daß mit der Bindung des amerikanischen Kapitals an die Giesche-Unternehmungen das Bestreben dahin gehen wird, die ostoberschlesischen Hütten voll zu beschäftigen, den Ausbau der Rohzinkgewinnung und der zinkverarbeitenden Industrie in Deutschland abwärts liegen zu lassen und aus der starken Position des größten Rohstofflieferanten eigenen Nutzen zu ziehen. Dann aber sinken die ostoberschlesischen Zinkfelder zu Stätten reiner Rohstoffgewinnung herab. Die Hüttenzinkgewinnung konzentriert sich in Polen, und das Metall muß erst auf dem Wege des internationalen Handels zu den Zinkblechwalzwerken, Bergzinkereien und Metallschmelzen wandern.

Nun hat die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem Ueberfluß an Produktionsanlagen und ihrem Reichtum an Arbeitskräften kein größeres Interesse als das, die Verarbeitungsindustrie im eigenen Lande zu fördern. Je größer der Wert der Produkte ist, die durch Anwendung geeigneter Produktionsmethoden und hochwertiger Arbeitskraft gewonnen werden können, desto größer ist der Nutzen bei der Deckung des eigenen Bedarfs und beim Export der fertigen Ware. Dieser Grund war es auch, der die Sozialdemokratie veranlaßt hat, gegen die hohen Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate zu protestieren, weil diese der Entwicklung der Verarbeitungsindustrien hemmend im Wege stehen. Wird nun die Möglichkeit eines Ausbaues der eigenen Industrie vernachlässigt zugunsten der Monopolbestrebungen des ausländischen Metallkapitals, so muß das auf die Dauer von schwerstem Schaden sein. Die Preisbildung für dieses wichtige Metall erfolgt vom Weltmarkt, von seinen Großproduzenten her.

Die deutsche Industrie hat nicht die geringste Möglichkeit, die Preisbildung der internationalen Rohstoffmonopolisten zu durchkreuzen. Wir besitzen dann noch als deutsches Volk den deutschen Boden, aus dem Zink gewonnen werden kann — die Verfügung über die Art seiner Gewinnung und Verwertung, über den Umfang der Produktion und über die Preisgestaltung bleibt dem Ausland überlassen.

Man sollte meinen, daß gerade diejenigen Kreise für derartige Gedankengänge volles Verständnis hätten, die Worte wie „national“ und „Schutz der nationalen Arbeit“ ständig im Munde führen. Ja, wenn die hundert Prozent nicht wären, für die der Kapitalist sein Vaterland verkauft! Wir glauben, daß es im vorliegenden Falle nicht einmal hundert Prozent waren, sondern daß der Harrimantredit das Angebot der Preußag kaum diesen Betrag übersteigt. Aber durch die Beteiligung der Preußag an diesem Geschäft hätten die ostoberschlesischen Zinkfelder als nationales Gut erhalten und verwaltet werden können. Jetzt werden sie dank den Geschäftspraktiken der Gieschegesellschaft zum Handelsobjekt des internationalen Kapitals.

Das ist der zweite Fall Giesche. Die Arbeiterschaft wird gut tun, ihn sich zu merken, wenn man ihr bei irgendwelcher Gelegenheit nationale Notwendigkeiten zur Ableitung von sachlich berechtigten Forderungen vorhält. Die Arbeiterschaft war es, die bisher die Auffassung vertreten hat, daß die Bodenschätze eines Landes das höchste nationale Gut seien; nicht zuletzt dieses war der Grund, weshalb man sich den französischen Nachansprüchen im deutschen Westen bei der Ruhrbesetzung mit der letzten Kraft entgegenstellte hat. Das feudale Großkapital macht es für ein oder einige Duzend Millionen Goldmark anders.

Die preussische Regierung ist nicht geneigt, dieser Verschärfung deutscher Produktionsstätten untätig zuzusehen. Wie der amtliche „Preussische Pressedienst“ mitteilt, hat der Regierungspräsident in Breslau den Oberbergamt Dr. Schoemann vom Oberbergamt in Breslau zum Staatskom-

missar beider Bergwerks-Gesellschaft Georg v. Giesches Erben bestellt. Die Regierung hat damit vom Auffichtsrecht Gebrauch gemacht, das ihr auf Grund des für die Gesellschaft noch geltenden Allgemeinen Preussischen Landrechtes zusteht, und das im übrigen in der Urkunde, durch die seinerzeit der Gesellschaft das Recht der juristischen Person verliehen ist, vorgegeben ist.

Die preussische Regierung will also die ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel anwenden, um die deutschen Bodenschätze deutscher Verfügungsgewalt zu erhalten. Sie wird dabei die Unterstützung der Arbeiterschaft haben, die von einer feilen Presse sonst so gern als Knecht des internationalen Kapitals hingestellt wird — man sieht jetzt warum: um die Spuren eigener schmählicher Gewinnjucht zu verwischen.

Locarno und Entwaffnung.

Zweidrittelmehrheit? — Drohung mit einem Reichswehrputsch.

Nach dem „Reichsdienst der deutschen Presse“ wird zurzeit vom Reichsministerium des Innern in Verbindung mit dem Reichsjustizministerium die Frage geprüft, ob der Vertrag von Locarno verfassungsändernd ist oder nicht. Politisch bedeutet die Entscheidung über diese Frage die Entscheidung darüber, ob zur Ratifizierung nur eine einfache oder eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Da ist es interessant, daß sich der „Tag“ zum Träger der Zweifel macht, ob die Ratifikation durch einfache Mehrheit erfolgen könne. Der „Tag“ weist darauf hin, daß Deutschland, Böhmen und Rumänien zusammen über mehr als ein Drittel der Reichstagsstimme verfügen, so daß die Geschlossenheit dieser Opposition die Annahme eines verfassungsändernden Gesetzes unmöglich mache. Der Verdacht steigt auf, daß es sich darum handelt, einen verfassungsändernden Charakter des Vertrags zu konstruieren, um die Unentscheidbarkeit der Deutschnationalen oder doch eines Teils von ihnen bei der Vollendung des Wertes darzutun. Dabei taucht die Frage auf: „Was kostet jede deutschnationale Stimme?“ Billig werden sie gewiß nicht zu haben sein, denn bekanntlich sind den Deutschnationalen ihre Grundsätze teuer, und sie verkaufen sie darum nur zu höchsten Preisen.

Vor der Verabschiedung des Vertrags soll der Befehl zur Räumung Kölns gegeben werden. Dazu sind noch verschiedene Fragen der Entwaffnung zu regeln, worüber bei der deutschen Regierung eine Note der Vorkriegsartkonferenz eingegangen ist. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ fordert stürmisch die Veröffentlichung dieser Note, weil ihre Geheimhaltung „immer größere Beunruhigung in politischen Kreisen“ hervorruft. Auch wir halten die Geheimnisträgerei, die seit Jahr und Tag in der Entwaffnungsfrage getrieben wird, für unangebracht, meinen aber, die geforderte Offenherzigkeit der Regierung sollte nicht erst bei der letzten Note beginnen. Ueber diese Angelegenheit ist ja unter der deutschnational geführten Koalitionsregierung lange genug verhandelt worden. Es wird interessant sein, zu erfahren, welche Zugeständnisse schon damals gemacht worden sind. Aber monatelang auf dem Gebiet der Entwaffnung in aller Stille Erfüllungspolitik treiben und dann wieder, wenn man aus der Regierung heraus ist, Deklamationen über das Thema „Wehrlos — ehrlos“ beginnen, das geht nicht!

Der „Lokal-Anzeiger“ begnügt sich nicht damit, die Veröffentlichung der Entwaffnungsnote zu fordern, er droht auch, daß die in ihr enthaltenen Forderungen „möglichst weiche die allerschwerste Erschütterung für die Reichswehr bedeuten und damit Deutschland in eine innerpolitische Gefahrenzone hineinzuziehen könnte, aus der es sich glücklich herauszuziehen“ Wenn Worte noch einen Sinn haben, so ist das eine Erinnerung daran, daß seinerzeit durch die Entwaffnungsforderungen der Entente der Rapp-Putsch ausgelöst wurde, und eine Drohung mit

seiner Wiederholung. Der „Lokal-Anzeiger“ hält es für möglich, daß die Reichswehr nicht nur gegen Luther-Gesler, sondern auch gegen Hindenburg putzen könnte!

Kommunisten unter sich.

Ober: Zwei „Welten“ im Abendlicht.

Eines Tages erschien die „Welt am Abend“. Selbstverständlich als unabhängiges oder unparteiisches Blatt. Kennzeichen: Beschimpfung der Sozialdemokratie in jeder Spalte; wenn auch nicht ganz so brutal unfähig wie in der Schwesterzeitung „Rote Fahne“, so doch ganz unverkennbar rasch kommunistisch. Als wir diesen kommunistischen Charakter des Blattes gelegentlich vermerkten, gab es Erklärungen: Man dürfe nicht daran, man sei wirklich parteipolitisch nicht gebunden usw. Bis diese Abwehrerklärungen langsam verumtont und Krostau seine breite Hand ganz offen auf das Unternehmen legte.

Vor einigen Monaten war es mit der „Welt“-Herrlichkeit am Ende. Sämtliche Redakteure und Angestellten des Unternehmens erhielten die Kündigung zum 1. Oktober in Vorzahlung wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Als wir diese Kündigungen und Einstellungsabsichten registrierten, mußten die schon gekündigten Redakteure in den Spalten des „Mittags der Wahrheit“ zu wider alles ableugnen. Tatsächlich gelang es, noch eine Lebensverlängerung bis zum Ende Oktober zu erzielen.

Wichtig aber war die „Welt am Abend“ nicht mehr da. Ebenso plötzlich tauchte dafür „Die Welt, Parteilose Volkszeitung“, mit kühnend nachgeahmtem Kopf der Entschlafenen auf. Aber nur wenige Tage. Dann war die erste „Welt“ wieder da, nicht mehr parteilos, sondern rasch kommunistisch, dazu noch bewaffnet mit einer „einstweiligen Verfügung“, die sie von der — man erschrecke nicht! — bürgerlichen Justiz erzwirkt hatte, und die der — parteilosen — „Welt“ die Pflicht auferlegte, eines unglücklichen Todes zu sterben, was so viel heißen soll, daß dem Verlag und der bisherigen Redaktion bei schwerer Geldstrafe verboten wurde, ein parteiloses Blatt mit ähnlichem Titel als Konkurrenz für das kommunistische Blatt herauszugeben.

Denn — und das ist das Erbeiternde: — jetzt sind zwei „Welten“ da, die eine, kommunistischer Prägung, hat sich den sattem bekannten Walter Dehne als „Chefredakteur“ geholt, von dem die andere „parteilose“ in einem Extrablatt behauptet, daß er „seinerzeit aus der U.S.P. wegen seiner dunklen politischen und finanziellen Beziehungen zu dem Staatskommissar für öffentliche Sicherheit ausgeschlossen wurde“, von dem aber jedenfalls feststeht, daß er das zulezt das von der damals völksparteilichen Abgeordneten Katharina von Dreiberg begründete Bilderblatt redigierte.

Die „parteilose“ Welt kämpft gegen ihre Konkurrentin aus dem „Abend“ lande einen verzweifelten und wahrscheinlich aussichtslosen Kampf, denn sie muß selber zugeben, daß sich hinter diese Konkurrentin kein Geringerer als der betriebsame Willi Münzenberg, der kommunistische Sekretär der kommunistischen M.D. und noch mancher anderen kommunistischen Nebenorganisationen gestellt und die notwendigen Gelder zur Wiederbelebung einer Toten beschafft hat.

Die beiden „Welten“ führen nun einen furchtbaren Kampf gegeneinander auf. Ihre Kämpen sind samt und sonders Kommunisten. Somet sei nicht „eingeschrieben“ sind, leisten sie der K.P.D. freiwillige Helferdienste. Aber einstweilen registrieren sie sich auf ihrem jeweiligen Papier als „Verteuerer“, „Gegner“, „Lügner“, als Leute von „krankhaftem Ehrgeiz“ usw. usw.

Das sind Kommunisten unter sich. Wir können uns da des eigenen Urteils enthalten, um so mehr, als das elektrische Abendblatt diesen erhebenden Streit zweier „Welten“ ohnehin genugam beleuchtet.

Wenn Deutschnationale regieren. Die sozialdemokratische Fraktion des Barmherzigen Landtags hat die Einladung zu den Veranstaltungen beim Besuch Hindenburgs in Stuttgart abgelehnt, weil ihr Fraktionsvorsitzender, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Reil, im Gegensatz zu den Vorsitzenden der übrigen Landtagsfraktionen bei der Einladung zum Empfang des Reichspräsidenten im Staatsministerium übergangen worden sei.

Wenn du eine Tante hast...

Ober: wie sage ich es meinem Staatsanwalt?

Von Lucian.

Meine Ketten halten diese Spannung nicht mehr aus. Ich weiß, daß es ein Verbrechen ist, das ich plane, aber es muß etwas geschehen, um mein Gewissen zu entlasten. Eine gute brave Tante, die mir nie etwas zu Leide getan, die mich im Gegenteil immer reichlich mit Geld versorgt hat, soll meuchlings von mir ermordet werden. Es hilft nichts, sie steht mir im Wege. Aber was tun? Ha, ich weiß es, ich gehe zum lieben Staatsanwalt und frage ihn, ob er etwas dagegen hat, wenn ich meine Tante umbringe.

Der Staatsanwalt ist ein jovialer, netter Herr, keiner von der schneidigen Sorte, ohne Schmitze, ohne Banane im Genick, ohne Bierbauch. Ein reizender lieber Mensch. Als ich ihn, etwas befangen, meine Absicht vortrug, meine Tante zu ermorden, weil es mir schlecht geht und sie doch das viele Geld hat, sah er mich freilich sehr verdutzt an.

„Sind Sie des Teufels?“ rief er. „Da fragen Sie mich, den Staatsanwalt?“

„Ja, warum denn nicht,“ antwortete ich. „Wenn ein Kronpräsident eine handfeste Republik umbringen will, so fragt er doch auch erst den Ministerpräsidenten. Meine Tante ist zwar eine gute Frau, aber ich laufe stellunglos umher, und mit ihrem vielen Geld könnte ich eine feine Sache anfangen.“

Der Staatsanwalt lächelte überlegen. „Sie verkennen vollständig die Situation, mein Lieber. Sie sind bloß ein Schriftsteller, ein Protektarier, und haben keinen Tropfen Herrscherblut im Leibe. Wenn ich Sie nicht so außerordentlich als Mitarbeiter meines Lieblingsblattes, des „Vorwärts“, schätzen würde, dann müßte ich Sie sofort verhaften. So nehme ich an, daß Sie bloß etwas übergeschneppelt sind.“

Es hilft nichts, mein Gewissen kann ich auf diese Weise nicht frei machen. Wie lange ich es bloß an, um meine Tante auf durchaus legitime, anständige Art um die Gasse zu bringen. Wenn ein einzelner etwas anstellt, ist es ein Verbrechen. Wenn aber hunderte dasselbe tun, ist es eine vom Schicksal geweihte Volksbewegung. Lassen wir die Volksseele kochen, wiegeln wir alle, die an der Existenz einer Tante kränken, auf, diese zu beseitigen. Gründen wir nationale Verbände mit dem Motto: „Tod der Tante!“ Entwerfen wir Statuten. Bedrohen wir jeden Verräter mit der Feme. Verfassen wir ein Kampfbuch der Tantenmörder. Gewinnen wir die Jugend. Auf, laßt was die Tante siegreich schlagen. Erleben wir den Segen des Himmels für die gerechte Sache. Anschriften unter: Dalldorf, Epimistr. 7.

Chorleiter. Der Sonntag sah zugleich zwei der größten und leistungsfähigsten Männerchöre des Berliner Gaus im Deutschen Arbeiterverband an der Arbeit. Am Nachmittag konzertierte in der Philharmonie der Berliner Sängerkorps unter Leitung von Philipp Heid, am Abend schwang in der Alten Garnisonkirche Jascha Horenstein den Stab über seinem Schubertchor. Das gab ein schreiesches Reben- und Racheinander. Philipp Heid baut seine Chorarbeit auf die natürliche Behandlung der Stimme eines jeden einzelnen Sängers. Er hat — jedenfalls selbst ein guter Sänger — eine außerordentliche Reife und Modulationsfähigkeit seines Chors erzielt. Demzufolge überschreitet er niemals den Rahmen des darlich Möglichen und verzichtet zuweilen auf ein Keuferstes an Ausdruck und scharfer Heraushebung des Kunstwertes. Ganz anders arbeitet Horenstein. Bei ihm sind nicht die Bedingungen des natürlichen Chorsingens die einzige und Gestalt gebende Grundlage (eingeschaltet sei, daß natürlich eins das andere nicht völlig ausschaltet). Er formt vielmehr alles aus dem intuitiven Ershauen des Kunstwertes, leidenschaftlich, mit der großen Geste des Russlers, nicht immer ganz frei von starren Eigenwilligkeiten, aber doch allenthalben durch die Kraft des Rönmens und des Temperaments mitreißend, wenn auch bei manchem Streifzug an die Grenze des noch eben Möglichen oder bei einem den Stil des schlichten Volkstalles stark beeinträchtigenden überstarken Modifizieren nicht jedesmal überzeugend. So lang der Schubertchor ein deltat gewähltes Programm mit einem Maß der Hingebung, meist jüngere Meister: Schubert, Hegar, Gernsheim, Eva Katharina Bismann sang wunderhöhn und mit einer schlichten, überzeugenden und eindrucksträchtigen Art alte Gesänge, meist von volkshafter Haltung. Fritz Kleiner war ihr ein anscheinender Partner. Der Berliner Sängerkorps blieb dagegen mehr erdenhafte und vollständig in der Wahl seiner Stoffe. Er bot Valladen: Böme, Hegar, Hutter im Chor; Schubert und Böme sang Leo Schützendorff mit mächtiger Stimme. Wie manches ist an dieser Musik schon verblüht, wie manches wirkt nur noch als pathetische Hohlheit. Und doch zeigte sich die Menge sichtlich ergriffen, als Schützendorff noch die zwölft mihandelte „Ihr“ brachte. War es die Wirkung einer raffinierten Vortragskunst oder steck in diesen uns so recht fernem Böme doch noch ein Stück uns gleichgerichteter Kraft? Philipp Heid sei gebeten, sein Programm nicht herunterzuheben. Jede Darbietung ist auch dem teilnahmlosesten Hörer ein Stück „Erlebnis“, das erst ausschwingen muß. S. G.

„Die Braut von Messina“ im Rundfunk. Und es war doch Schiller! Als ob die „Braut“ eigens für den Radio gedichtet worden wäre, so wirksam, so schicksalstönend war der gestrige Abend. Von Natur aus eignen sich Kassenhören, wenn sie Schicksalsschöre sein sollen, für die Uebertragung durch den Äther sehr gut. Und ausgezeichnet wurde das technisch-akustische Problem durch den viel erprobten, viel gelobten Sprecher der Berliner Universität gelöst. Heute, wo wir in der Luftkunst — wenn man so sagen darf — erst am Anfang stehen, sind tüchtige Regisseure in der Lage, Chöre auf der Theaterbühne besser zu nuancieren; drohend, auffallender und vor allem unheimlicher wird die Lösung nicht möglich sein, als das gestern abend unter der Leitung von Dr. Wilhelm Benhausen geschehen ist. Erfreulich, daß das Lob auch anderen klingen kann. Gute

Sprecher waren bei dieser Dramenaufführung, die ja auf der Bühne in erster Linie Sprecher und nicht Spieler verlangt, am Werke. Besonders zu nennen Fritz Ebert vom Staatstheater und vor allem Maria Fein, die Sprecherin der Isabella. Man weiß nicht, was man bei Frau Fein mehr bewundern soll: die Milde und Innigkeit ihrer dunklen, mütterlichen Stimme oder die große Kunst, mit der sie solche hohe Naturgabe zu verwenden, zu veredeln weiß. Radio ist gewissermaßen die Zeitspule für menschliche Sprachkunst. Frau Fein bestand die Prüfung wie selten jemand. Nicht zu vergessen auch Alfred Braun, der temperamentvolle Regisseur. Man muß den Fleißigen dieses Abends von ganzem Herzen danken. Ergo.

Ein Mord aus Barmherzigkeit. In Lüttchen, einem Städtchen in Colorado, hat vor kurzem Dr. Herold Blazer, ein angesehener Rechtsanwalt, seine Tochter mit Chloroform vergiftet, um sie von den Leiden eines dauernden und hoffnungslosen Stiechums zu erlösen. Das Mädchen war von Jugend auf ein hilfloser Krüppel, vollkommen gelähmt und idiotisch. Die Verteilung des als Kindesmörder unter Anklage gestellten Rechtsanwalts macht geltend, daß das Gesetz unter Noth die vorzügliche Lösung eines vernünftigen Wesens verleiht, daß aber Dr. Blazers Tochter nicht als ein solches bezeichnet werden könnte. Doch das ist natürlich nur eine juristische Spitzfindigkeit, denn so niedrig die geistigen Fähigkeiten des getöteten Mädchens auch gewesen sein möchten, so war es doch zweifellos kein Tier, sondern ein Mensch. Es ist aber klar, daß der Gesetzgeber alle Menschen ohne Unterschied schützen wollte und unter vernünftigen Wesen nichts anderes verstand als Menschen jeder Art im Gegensatz zum „unvernünftigen“ Tier. Andererseits kann nicht daran gezweifelt werden, daß Dr. Blazer aus durchaus edlen und reinen Motiven gehandelt hat. Es wird daher damit gerechnet, daß er freigesprochen wird.

Der Staatspräsident als Defraudant. Der nicht allfällige Frau, daß ein Staatsoberhaupt Unterschlagungen begeht, ist kürzlich in Sowjetrußland vorgekommen. Der Präsident der Kalmyk-Enteputik hat es getan und sitzt jetzt dafür auf der Anklagebank vor dem Kriminalgericht in Astrachan. Der Fall liegt so: Zu Ende des Jahres 1923 war die Kalmyk-Enteputik von einem furchtbaren Orkan und einer Ueberschwemmung heimgesucht worden, wobei 8000 Menschen obdachlos wurden. Die Enteputik erhielt daraufhin von dem Rat der Volkskommissare der verbündeten Sowjetrepubliken 25 000 Rubel, um den Opfern zu helfen. Es stellte sich aber heraus, daß der Präsident sich von diesem Gelde einen kostbaren Pelz anfertigen ließ, seiner Frau Pariser Modellkleider kaufte, und glänzende Gesellschaftsabende veranstaltete. Nun hat sich der Präsident wegen dieser Unterschlagungen vor Gericht zu verantworten.

Die „Euthanasie“ Tutanhamons. Nach Befreiung einer weiteren Sarkophagkammer wurde im Grabgewölbe Tutanhamons ein in Menschengestalt geformter vergoldeter Sarg gefunden. Der Deckel dieses Sarges war mit Kasketen und Zeichnungen auf markiertem Grund, farbigen Glas und Goldlagen bedeckt. Dann folgte ein Leinwandbild und darunter der Sarg selbst. Die wunderbar ausgeführten Goldornamente waren von einer schwarzen Leinwand bedeckt — dem Niederstich von Räucherungen beim Totendienst.

Gefler und die Königsmacher.

Er kann sich nicht erinnern...

Auf Anfrage teilt Schriftsteller Emil Ludwig der „Voss. Ztg.“ mit, daß der Minister, der den bayerischen Königsmachern die Zusage gegeben habe, die Reichswehr werde sich neutral verhalten, wenn Rupprecht von Wittelsbach zum Zweck einer monarchistischen Restauration zum bayerischen Staatspräsidenten erhoben werde, Reichswehrminister Gefler gewesen ist. Die „Voss. Ztg.“ hat sich weiter davon überzeugt, daß der Gewährungsmann Emil Ludwigs volles Vertrauen verdient. Ueber Geflers Haltung zu den Beschuldigungen teilt die „Voss. Ztg.“ mit:

„Dr. Gefler, mit dem wir uns sofort in Verbindung gesetzt haben, erklärte, er könne sich heute der vielen Gespräche, die er in Bayern über alle möglichen dort bestehenden Pläne gelegentlich geführt habe, nicht mehr genau entsinnen. Aus seinen Darlegungen gegenüber unserem Mitarbeiter geht aber hervor, daß er die Errichtung eines Staatspräsidentenamtes in Bayern und die Bestellung irgendeiner Persönlichkeit zum Staatspräsidenten für eine innerbayerische Verfassungsangelegenheit hält. Wenn er sich in diesem Sinne gelegentlich einmal ausgesprochen haben sollte, so hätte es sich selbstverständlich immer nur um seine Privatmeinung gehandelt. Eine Bindung des Kabinetts, überhaupt eine amtliche Erklärung seiner Stellungnahme sei dadurch niemals erfolgt.“

Geflers ausweichende Antwort erinnert an sein Verhalten in der Sigt von Armin-Uffäre. Sie redet an den Tatsachen, auf die es ankommt, vorbei. In dem Bericht über Emil Ludwigs Enthüllungen heißt es:

„Er teilte mit, daß vor genau einem Jahre in München der Plan bestanden habe, mit einfacher Stimmenmehrheit im Landtag den früheren Kronprinzen Rupprecht zum Staatspräsidenten von Bayern zu wählen. Durch diktatorische Maßnahmen sollte er dann die Monarchie in Bayern wiederherstellen. Damals habe ein deutscher Reichsminister dem Kronpräsidenten (soll heißen: dem Beauftragten des Kronpräsidenten) die Zusage gegeben, daß die Reichswehr sich in diesem Falle neutral verhalten und nicht marschieren werde.“

Danach verhält es sich so, daß Reichswehrminister Gefler die Zusage gegeben hat, die Reichswehr werde im Falle einer monarchistischen Restauration meutern.

Gegenüber dieser Mitteilung genügen die Erklärungen des Herrn Gefler in keiner Weise! Es ist einfach undenkbar, daß sich ein verantwortlicher Minister an eine Zusage von solcher Tragweite nach Jahresfrist nicht mehr erinnert.

Es wäre zu wünschen, daß der Gewährsmann Emil Ludwig aus seiner Verborgenheit heraustrete, um das Gedächtnis der Beteiligten aufzufrischen!

Wie im übrigen bereits wieder Kräfte am Werk sind, die sich bemühen, den Tatbestand zu verunkeln, zeigt ein Telegramm der Telegraphen-Union, das unter der Ueberschrift gegeben wird: „Oberbürgermeister Suppe dementiert Emil Ludwig“ und das, aus Nürnberg datiert, so lautet:

Gegenüber den Mitteilungen des Schriftstellers Emil Ludwig anlässlich einer Veranstaltung des Berliner Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, daß bei dem Versuche, im Jahre 1924 Kronprinz Rupprecht von Bayern auf dem Wege der Staatspräsidentenwahl zum König zu erheben, ein Reichsminister dem früheren Kronprinzen die Zusage gegeben habe, daß die Reichswehr in diesem Falle sich neutral verhalten würde, wird in bezug auf den Münchener Oberbürgermeister Dr. Suppe, der dagegen eingeschritten sei, festgestellt, daß diese Darstellung nicht auf einem Mißverständnis beruht. Im Jahre 1924 glaubten königs-treue Kreise, die Regierung Kronprinz Rupprecht durch eine einfache Stimmenmehrheit im Landtag durchsetzen zu können. Man war der Meinung, daß die Reichswehr in einem solchen Falle, da es sich um eine innere Angelegenheit handelte, Gewehr bei Fuß stehen würde. Als aber von Berlin das Gegenteil bekannt wurde, sah man sich veranlaßt, abzulassen.

In der Ueberschrift versucht die LZ den Eindruck zu erwecken, als ob es sich in dem Telegramm um eine Uebersetzung des Oberbürgermeisters Dr. Suppe handelte. Aus dem Inhalt geht das nicht hervor. Darüber hinaus entpuppt sich dieses „Dementi“ als eine grobe Irreführung, da es auch nicht ein Wort von den Behauptungen Emil Ludwigs widerspricht.

Auch Held erinnert sich nicht!

München, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Abwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Held von München hat die notwendige Auffassung von dieser Seite über die monarchistische Putschgefahr, insbesondere über den Empfang der Rupprecht-Altbriefe verzögert. Immerhin hatte der Ministerpräsident noch so viel Zeit vor seiner Abreise, um die regierungstreue rechtsstehende Presse zusammenzurufen und ihr einige Mitteilungen über die ganze Angelegenheit zu machen. Dabei wurde zugegeben, daß der Empfang der „Bayern-treuen“ Tatsächlich festgestellt hat, dagegen auf das entschiedenste bestritten, daß bei diesem Empfang in irgend einer Weise die Rede war von einer bevorstehenden Uebernahme der Staatsgewalt durch Rupprecht. Auch die nächstbeteiligten, Graf Soden und General Koch, bestritten dies. Bezeichnend ist übrigens, daß dieser Kreis, der in München publizistisch durch das Winkelsblatt des Dr. Heim „Das bayerische Vaterland“ vertreten ist, offen den Verdacht aussprechen kann, daß der Ministerpräsident Held oder wenigstens eine seiner Verbände, für die er verantwortlich ist, hinter der bekannten Aufschrift an die „Frankfurter Zeitung“ stehe. Diese Aktivistin verlangen deshalb vom Ministerpräsidenten den einwandfreien Nachweis, daß er mit dieser Aufschrift nicht das geringste zu tun hat!

Bayerischer Bauernbund gegen Restauration.

München, 10. November. (LZ.) Zu den Putschgerüchten erklärte heute der dem Bauernbund angehörende Landwirtschaftsminister Professor Dr. Fehr auf der Bundestagung der Partei, daß man heute das Volk mit dynastischen Fragen in Ruhe lassen sollte. Er versichert, daß in dem Augenblick, in dem die bayerische Regierung nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Putschabsichten entgegenzutreten würde, er und seine Partei die Konsequenzen daraus ziehen würden. Im Falle der Wiederaufrichtung der Monarchie würde Bayern isoliert dastehen.

Pollzeifragen. Amlich wird gemeldet: Am 10. November fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über Polizeifragen mit den Innenministern der Länder statt, zu der auch einige Ministerpräsidenten erschienen waren. Es wurde bündige Einigkeit der Auffassung zwischen der Reichsregierung und den Ländern festgestellt.

Schluß der Sachverständigenausagen

Die Dolchstoßanhänger werden nochmals vernommen — Cohnmann findet die Sprache wieder.

Im Cohnmann-Prozess wurde gestern der Sachverständige General v. Ruhl noch einmal vernommen, während die Sachverständigen Delbrück und Herz schon entlassen sind. R.-A. Hirschberg machte zunächst auf das Auffällige dieser Taktik aufmerksam. General v. Ruhl bejahte darauf die Frage des kaiserlichen Anwalts, ob Deutschland im November 1918 und in der Folgezeit noch hätte weiter kämpfen können, wenn die Revolution nicht ausgebrochen wäre und erklärte: Ich habe hier den Beweis angetreten, daß wir eine Atempause Anfang November hätten gewinnen können. General Ludendorff hat im Oktober gesagt, als die Bedingungen Wilsons sich klar enthüllten, wir müßten weiter kämpfen. Wenn ein Sachverständiger sagte, die Fortführung des Kampfes wäre unmöglich gewesen, so habe ich die Begründung dieser Behauptung vernimmt. Die Kriegsführung ist eine Kunst und bedarf der Wissenschaft. Für mich steht unumstößlich fest, daß uns der Feind nicht mehr hätte folgen können, und daß es einer langen Vorbereitung bedürft hätte, wenn er uns hätte nachrücken wollen. Die Stimmung war so, daß wir hätten weiter kämpfen können, wenn wir eine Atempause bekommen hätten.

Als der Sachverständige sich nun gegen die Ausführungen Delbrücks wandte, protestierte R.-A. Dr. Hirschberg dagegen, weil Delbrück nicht mehr anwesend sei.

General v. Ruhl hielt dem entgegen, daß er von Delbrück aufs schärfste angegriffen worden sei. Ferner habe Delbrück gesagt, daß die Generale mit in den Kreis der Schuldigen gehörten. Das sei ein unerhörter Angriff, gegen den er schärfsten Protest erheben müßte.

Der Vorsitzende meinte, diese Dinge könnten die Herren im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß austragen.

R.-A. Graf Besta 1033a stellte die Frage, ob der Zusammenbruch auf schlechte militärische Führung zurückzuführen sei.

General v. Ruhl: Das ist ja gerade das, worauf es ankommt. Ich beziehe mich da auf meine ersten Aussagen. Die D.H.L. hat mit ungewöhnlichem Geschick die Offensiv von 1918 eingeleitet und mit solcher Tatkraft durchgeführt, daß die ganze Leistung nach meiner Ansicht zu den größten Taten der Kriegsgeschichte gehört. Daß der Enderfolg in strategischer Beziehung nicht auf unserer Seite war, liegt an sehr vielen Umständen, die auch die D.H.L. nicht bewältigen konnte. Ich kann nur immer wieder sagen, man möchte mit einem anderen General bezeichnen wie Hindenburg und Ludendorff, der die Führung hätte übernehmen und die Sache hätte besser machen können.

Die Fragen, die an den letzten Sachverständigen, den ebenfalls bereits vernommenen Major Cohnmann gestellt werden, bezogen sich darauf, wie die Revolution auf das Heer eingewirkt habe, und wie die Stellung der Mehrheitssozialisten nach Ausbruch der Revolution war.

Der Sachverständige wendet sich noch einmal gegen die U.S.P. und äußert sich dann über die Wirkung der Revolution auf das Heer. Die D.H.L. hatte zunächst die Absicht, das Heer geschlossen hinter den Rhein zurückzuführen, dort einen starken Grenzschutz aufzubauen, zuverlässige Truppen in die einzelnen Provinzen zur Wiederherstellung der Ordnung zu schicken und einen Teil der Truppen nach Polen zu entsenden, wo sich bereits die polnische Einfallsbewegung fühlbar machte. Diese Absichten konnten nicht durchgeführt werden

wegen des überraschenden Verfalls des Heeres.

der sich auch darin zeigte, daß die Truppen, die auf dem Heimmarsch noch wohl diszipliniert waren, sofort dem Einfluß der Soldatenräte verfielen, als das Rheinland erreicht war. Nur mit äußerster Mühe gelang es durchzusehen, daß die Militärtransporte sich noch einigermaßen regelmäßig abwickelten. Ein Teil der Soldatenräte hatte sich ehrlich bemüht, durch gütiges Zureden auf die Mannschaften einzuwirken. Hunderttausende von Soldaten wurden von den Soldatenräten militärisch in die Heimat entlassen. Die D.H.L. führte einen geradezu verzweifelten Kampf. Am schlechtesten gestalteten sich die Dinge im Osten. Es waren furchtbare Zustände in Polen und Rußland. Man erinnere

Geheimbünde in Ostpreußen.

20 Personen verhaftet.

Königsberg, 10. November. (W.Z.) Wie wir hören, sind durch Beamte der Landesstriminalpolizei Königsberg unter Leitung des Polizeipräsidenten als Leiter der Landesstriminalpolizei auf zwei großen Gütern im Bezirk Allenstein untergebrachte Leute unter dem Verdachte der Geheimbündelei festgenommen worden. Es handelt sich um 20 Personen, von denen zwei als Führer und Organisatoren tätig waren. Die Verhafteten stammen aus Pommern, Mecklenburg, Hamburg, Bayern und Oberschlesien. Die Verhafteten sind militärisch gefeldert, waren im Besitze von Waffen und haben mit diesen auch Uebungen veranstaltet. Gewehre, Munition und anderes Material sind beschlagnahmt worden. Die Verhafteten sind zur weiteren Untersuchung nach Königsberg gebracht worden.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Entwurf des Reichswirtschaftsrats.

Der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes fand bei der Beratung im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats in allen Hauptfragen die scharfe Ablehnung der Arbeitgeberteilung. Diese forderte vor allem die restlose Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte. Während die Arbeitnehmer zunächst sich für die Aufrechterhaltung der Arbeitsgerichte als selbständige Sondergerichtsbarkeit einsetzte, im Kompromißwege sich dem jedoch mit Abtätigung III einigte, wodurch für den Vorschlag des Entwurfs ein Mehrheitsgutachten der Arbeitnehmer gewonnen wurde. Sie stimmten einstimmig dem Entwurf zu unter der Voraussetzung, daß durch die vorgeschlagenen Organisationen die Mitwirkung der Sozialbehörden nicht ausgeschlossen werde und dem Laienlement eine erweiterte Beteiligungsmöglichkeit in den Beisitzerausschüssen der Arbeitsgerichte sowie in den neu zu schaffenden paritätischen Ausschüssen bei den Landes- und dem Reichsarbeitsgericht gewährleistet sei. In dem Mehrheitsgutachten wird die Zulassung bewährter, nicht juristisch ausgebildeter Kräfte zum Amte der Vorsitzenden der Arbeitsgerichtsbehörden für Ausnahmefälle gefordert. Die Zahl der Beisitzer aus Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei den Landes- und Landesarbeitsgerichten soll auf zwei erhöht, beim Reichsarbeitsgericht sollen Senats mit drei Laienrichtern — die vom Reichswirtschaftsrat aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzuschlagen sind — geschaffen werden. Dem Verfahren wurde nach den Vorschlägen des Entwurfs im allgemeinen zugestimmt, doch soll die Begrenzung des Streitwertes für Berufungen von 300 auf 500 M. erhöht werden. Hinsichtlich der Uebergangsbestimmungen, denen der Ausschuß im allgemeinen seine Zustimmung gab, wurde vorgeschlagen, einen Ausschuß des Reichstags für den Erlaß von Ausführungsbestimmungen zuzuziehen.

sich nur an die schmachvollen Verhandlungen der Soldatenräte mit dem Volk und den Bolschewisten, die auf die freiwillige Waffenabgabe abzielten und daran, wie die Räte nachher von den Bolschewisten, mit denen sie sich zu verständigen suchten, verhöhnt wurden.

Es muß festgestellt werden, daß die Offiziere vielfach ihre Pflicht erfüllt haben; nur unter großen Mühen gelang es ihnen, kleine zuverlässige Truppenteile für den Grenzschutz aufzustellen. Geradezu katastrophal gestalteten sich die Verhältnisse in Posen und Westpreußen. Mitte November

überföhrten sich dann die Demobilisierungsanordnungen des Kriegsministeriums.

Die Gründe lagen darin, daß angesichts der ungeheuren Zustände in der Heimat und der verheerenden Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte eine geordnete Demobilisierung überhaupt nicht mehr möglich war. Daß so Unerhörtes geschehen konnte, daran ist nicht allein die militärische Lage und der Hunger schuld, sondern auch diejenigen waren daran schuld, die die Menschen seit Jahren auf die revolutionäre Erhebung vorbereitet und ihnen glücklichere Zeiten versprochen. Rüstuldrig sind die, die im Kriege den Klassenkampf höher stellten als das Schicksal der Nation.

Prof. Cohnmann richtete an den Sachverständigen die Frage, wie er die verschiedene Einstellung der Sozialdemokratie beurteile. Bei einem Teil der unabhängigen Führer sei eine ausgesprochene Stellungnahme gegen Deutschland, namentlich

in der Schuldfrage

nicht zu verkennen. Cohnmann: Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß es sehr befremdend mußte, daß deutsche Männer die Allenschnuld Deutschlands — auf Grund mindestens nur mangelhafter Kenntnis propagierten. Es hat sich ja auch herausgestellt, daß diese Beschuldigungen falsch sind. Es bleibt aber eine schmerzhaft berührende Erscheinung, und ich bin der Auffassung, daß man nicht so leicht in einem anderen Lande solche Menschen finden würde. Damit war die Vernehmung des Sachverständigen Cohnmann beendet.

Rechtsanwalt Dr. Hirschberg richtete an den bereits vernommenen Sachverständigen Dr. Fischer noch die Frage, ob ein Weiterkämpfen im Herbst 1918 eine Verschlechterung gebracht hätte.

Dr. Fischer erklärte dazu, daß man wohl weiter hätte kämpfen können, daß aber nach seiner Meinung die Fortsetzung des Kampfes keinen praktischen Erfolg mehr gebracht hätte. Das Waffenstillstandsangebot habe die Wirkung einer verlorenen Schlacht gehabt.

Die Regierung hätte dem Volke erklären müssen, daß der Krieg zu Ende ginge, dann wäre es möglich gewesen, alle Kräfte einzusetzen zur Erhaltung der Ordnung im Innern. Dann hätte man bei den Verhandlungen mit dem Gegner ein zwar nicht mehr kampffähiges, aber immer noch in den alten Formen geordnetes Heer und einen geordneten Staat gehabt.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Hirschberg, ob die Möglichkeit bestand, aus den amtlichen Heeresberichten und insbesondere aus den Mitteilungen an die Presse sich ein Bild über die Lage an der Front zu machen, verneinte der Sachverständige darauf, daß man im allgemeinen wohl gemerkt habe, daß sich die Truppen zurückziehen mußten. Man konnte sich aber keineswegs über die tatsächliche katastrophale Lage ein Bild machen.

nicht einmal an den internen Kriegsstellen bestand Klarheit darüber, daß die letzten Referenzen verbrauchbar waren.

Insbesondere war aus den Heeresberichten die tatsächliche Lage der Front nicht zu erkennen. Daraus war auch die große Ueberraschung zu erklären, die schon das Waffenstillstandsangebot der Obersten Heeresleitung in der Heimat heroorrief.

Damit war die Vernehmung der sämtlichen Sachverständigen abgeschlossen. Der Vorsitzende entließ die Sachverständigen und dankte ihnen für ihre wertvolle Arbeit.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Der Thüringer Justizskandal.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Eine der Regierung sehr nahestehende Korrespondenz verbreitet einen Aufsatz über die angeblichen politischen Ursachen der „Hege gegen die Regierung“. Darin wird der Spieß einfach umgedreht und der Oberstaatsanwalt Dr. Frieders beschuldigt, den ganzen Skandal verursacht zu haben, indem er der Opposition, nämlich der SPD, aus politischen Motiven Material gegen seine Regierung zur Verfügung stelle. Er hoffe dadurch bei der nächsten Landtagswahl als Führer der Aufwertungstreife mit Hilfe der Sozialdemokratie sein Schicksal ins Trockene zu bringen.

Diese Behauptungen sind ebenso dumm wie falsch. Zwischen dem Oberstaatsanwalt Dr. Frieders und der Sozialdemokratie bestehen nicht die geringsten Beziehungen. Das sozialdemokratische Urteil über Dr. Frieders steht seit langem fest und hat in den letzten Wochen nicht die geringste Wandlung erfahren.

Die thüringische Regierung hat die ihr nahestehenden Blätter wissen lassen, daß sie gegen das Landesorgan der Sozialdemokratie Thüringens „Das Volk“ in Jena Strafantrag gestellt habe. Wir begrüßen diesen Schritt der Regierung nur; gibt er doch die Möglichkeit, den einzig bestehenden Justizskandal vor aller Öffentlichkeit zu klären, selbst nach der Ernennung des Geheimrats Lüg zum Nachfolger des Dr. Frieders.

Bayerns Ausnahmerecht.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern mit den bayerischen Ausnahmeverordnungen. Hierzu lag der Antrag der Abg. Müller-Franken (Soz.) und Gen. vor. Die Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern über einstweilige Maßnahmen zum Schutze und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 14. Februar 1923 sowie die Anordnungen des bayerischen Generalkommissars zum Schutze der Jugend vom 16. Oktober 1923 und zur Bekämpfung der Zigeuner vom 9. Januar 1924 werden auf Grund des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung aufgehoben.

Der sozialdemokratische Antrag wurde von den Abgeordneten Dr. Braun-Franken und Landsberg verworfen. Der Vertreter der bayerischen Regierung v. Bregger trat lebhaft dafür ein, daß zurzeit noch ein Bedürfnis zur Aufrechterhaltung der Verordnungen bestehe. Auf Grund dieser Erklärung sprach sich der Abgeordnete Schulte namens des Zentrums dahin aus, daß auch das Zentrum gegen den Antrag stimmen müsse.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, zu dem der Abg. Brodau (Dem.) noch eine Einschränkung in bezug auf die erstgenannte Verordnung beantragt hatte, mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Dagegen wurde einstimmig ein Antrag des Abg. Wunderlich (Dop.) angenommen, der die schmerzliche Vorlegung des Entwurfs eines Reichsverwaltungs-gesetzes forderte.

Gewerkschaftsbewegung

Kommt ein Verkehrsstreik?

Die Verschleppungstaktik der Unternehmer.

Der Konflikt in den Berliner Verkehrsbetrieben, und zwar sowohl bei der Straßenbahn wie auch bei der Hochbahn und der Omnibusgesellschaft verschärft sich. Schuld daran ist vor allem die Verschleppungstaktik, die sowohl von der Direktion der Straßenbahn als auch von der Hochbahn- und der Omnibusgesellschaft betrieben wird. Das Personal beginnt nachgerade die Geduld zu verlieren, was durchaus nicht verwunderlich ist.

Gestern fanden wieder ergebnislose Verhandlungen zwischen dem Deutschen Verkehrsbund und der Direktion der Straßenbahn statt. Wieder mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Sie sind auf Freitag vertagt worden. Heute vormittag finden vor dem Schlichtungsausschuß Verhandlungen in dem Bahnstreik der Hochbahn statt. Um 2 Uhr nachmittags wird für die Omnibusgesellschaft verhandelt. Ob es da zu einer Einigung kommt, erscheint nach der bisherigen Haltung der Direktion sehr fraglich.

Den Angestellten der Verkehrsbetriebe ist es natürlich nicht unbekannt, daß die Wirtschaftslage der Berliner Verkehrsunternehmen eine glänzende ist. Ganz anders sieht es aber mit den Löhnen und mit der Arbeitszeit der Verkehrsarbeiter aus. Die Gehaltsprobe, auf die die Belegschaften der Berliner Verkehrsbetriebe gestellt werden, hat lange genug gedauert. Es ist höchste Zeit, daß den berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft Rechnung getragen wird!

Vor einem Streik bei Bolle.

Maßnahmen zur Sicherung der Milchversorgung.

Wie wir bereits berichtet haben, hat die Firma Bolle wider Treu und Glauben den letzten Schiedsspruch, der die Löhne um 1 bis 3 M. pro Woche erhöhte, abgelehnt, obwohl sie sich zu seiner Annahme verpflichtet hatte, für den Fall, daß der Konflikt zustande käme. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß daher die Belegschaft der Metzerei Bolle heute abend die Niederlegung der Arbeit beschließen und ab morgen früh durchführen wird.

Da durch einen Streik bei Bolle die Milchversorgung eines erheblichen Teils der Berliner Bevölkerung gefährdet ist, hatte das Polizeipräsidium sich mit dem Deutschen Verkehrsbund in Verbindung gesetzt, um die Aufrechterhaltung der Milchversorgung zu sichern. Der Deutsche Verkehrsbund hat sich bereit erklärt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine Gefährdung der Milchversorgung hinauszuhalten. Er hat sich insbesondere mit den anderen Metzereien in Verbindung gesetzt, die in ähnlicher Weise wie Bolle durch Wagen Milch vertreiben und sie veranlaßt, für den sehr wahrscheinlichen Fall eines Streikschlusses die Teile Berlins, insbesondere den Westen, den Bolle hauptsächlich mit Milch versorgt, zu beliefern. Zugleich fordert der Deutsche Verkehrsbund die kleinen Milchhändler auf, sich mit mehr Milch zu versorgen, um den Ausfall durch den Streik bei Bolle zu decken. Nach Ansicht des Milchamtes der Stadt Berlin dürften diese beiden Maßnahmen ausreichen, um die Milchversorgung Berlins sicherzustellen.

Verbindlicher Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Geringe Erhöhung der unzureichenden Löhne.

Der am 29. Oktober gefällte Schiedsspruch für den Ruhrbergbau, der für die Bergarbeiter nur eine mäßige Lohnerhöhung brachte, trotzdem aber von den Betriebsleitern abgelehnt worden war, ist jetzt vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Nach dem Schiedsspruch werden der Zimmerhauer-Schichtlohn von 6,50 auf 7 M., der Lohn für angeleitete Arbeiter von 6 auf 6,40 M., der Lohn für unangeleitete Arbeiter von 5,50 auf 6 M. erhöht. Die übrigen Tariflöhne ändern sich entsprechend. Der Lohn für Volkshauer im Gebirge sollte im Durchschnitt auf jeder Schichtanlage 8,05 M. betragen. Die Randzonen dürfen die Löhne um 6 Proz. unterschreiten. Die Lohnordnung gilt un kündbar bis zum 31. März 1926.

Ein gewerkschaftliches Wohnungsbauprogramm.

Und ein groteskes Titelprojekt der bayerischen Regierung.

München, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsausschüsse Bayerns des ADGB. traten am Sonnabend und Sonntag in Regensburg zu einer Landeskongress zusammen. Nach ausführlichen Referaten und einer regen Aussprache wurden zwei Entschlüsse angenommen. In der ersten Entschlußung protestiert die Konferenz aufs schärfste gegen die Behauptung der Unternehmer, daß die Löhne der Arbeiter schuld an dem schlechten Stand der deutschen Wirtschaft sind. Der zweite Prolet der Konferenz richtet sich gegen die leeren Versprechungen, mit denen seit Jahren die Wohnungslosen abgespießt werden, ohne daß etwas geschieht. Es wird deshalb die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms gefordert, das den Bau von mindestens 1 1/2 Millionen Vollwohnungen innerhalb fünf Jahren vorsieht. Für dieses Programm, das im Zusammenwirken von Reich, Ländern und Gemeinden ausgearbeitet und durchgeführt werden muß, stellt die Entschlußung Richtlinien auf.

In der Aussprache wurde von Zwojka-Rürnberg mitgeteilt, daß die bayerische Regierung vor einiger Zeit bei den Kollegen habe anfragen lassen, ob sie bereit seien, einen von der Regierung neu zu

schaffenden Titel (Arbeitsrat, Landesarbeitsrat und Geheimrat Landesarbeitsrat) anzunehmen. In einem Schreiben haben die Gewerkschaften diesen Vorschlag zurückgewiesen und betont, daß die Arbeiterschaft keinen Wert auf solche Titel lege. Die Konferenz war der gleichen Anschauung und ging, ohne ein Wort zu verlieren, über die zum 1. Januar 1926 in Bayern bevorstehende Titelerhebung (!) an Arbeiter zur Tagesordnung über.

Die wirtschaftsfriedlichen Metallindustriellen.

Den Arbeitern muß der Klassenkampf beigebracht werden.

Mainz, 10. November. (W.F.B.) Die Vereinigung der Metallindustriellen hat beschlossen, nachdem der deutsche Metallarbeiterverband in Mainz und Wiesbaden ihrer Aufforderung, die Spengler- und Installateurgesellen zur Wiederaufnahme der Arbeit am 9. November zu veranlassen, nicht Folge gegeben hat, sämtliche Metallarbeiter der Bezirke Mainz, Wiesbaden, Rheingau und Umgebung vom 16. November ab auszusperren. Von dieser Maßnahme werden etwa 15 000 Arbeiter betroffen.

Das ist die „wirtschaftsfriedliche“ Politik der Unternehmer. In Mainz und Wiesbaden streikten die Spengler, weil sie mit den Hungerlöhnen nicht auskommen können. Flugs werden die Metallarbeiter im weiten Umkreise ausgesperrt — unsere Wirtschaft kann ja so etwas vertragen — damit auch sie mit der Nase darauf gestoßen werden, daß die Unternehmer ihre Feinde sind. Und diese Leute jammern dann über Klassenverhetzung!

Tagung der Postinternationalen.

In Straßburg tagte kürzlich der Vollzugsausschuß der Internationalen des Post-, Telegraphen- und Telefonpersonals, um sich mit der internationalen Lage der drei Beamtengruppen zu beschäftigen. Vertreten waren Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich. Die Postinternationalen umfassen rund 500 000 Mitglieder, die ideologisch und organisatorisch erspriesslich zusammenarbeiten. Italien war nicht vertreten, weil die italienische Regierung die dortigen Postbeamten zur Bildung einer falschlichen Gewerkschaft gezwungen hat. Der nach Straßburg übermittelte Beschluß des Landeskongresses der „Federazione Postale Telegrafica e Telefonica“ besagt:

An Inbetracht der Tatsache, daß die Bestände des Verbandes derzeit zurückgegangen sind, daß ebriherweise nicht mehr davon gesprochen werden kann, der Verband vertrete einen wesentlichen Teil des Personals, was als unerlässliche Bedingung für die Aufrechterhaltung der Federazione Postale Telegrafica e Telefonica betrachtet werden muß;

in Anbetracht ferner, daß diese Aufrechterhaltung unter solchen Verhältnissen irriterweise als Akt des Widerstandes ausgelegt werden könnte, beschließt der Kongress die Auflösung des Verbandes.

Der einstimmige Kongress, diesen schmerzlichen Akt vollziehend, sendet allen P. T. L.-Bediensteten Italiens brüderlichen Gruß und formt für deren Schicksal und das Schicksal der Verwaltung die besten Wünsche.

Der Vollzugsausschuß nahm darauf folgende Entschlußung einstimmig an:

Der Vollzugsausschuß der Internationalen des Post-, Telegraphen- und Telefonpersonals, versammelt am 31. Oktober in Straßburg, stellt mit Bedauern und Entrüstung fest, daß die fortgesetzten Zwangsmassnahmen der italienischen Regierung die Gewissens- und Organisationsfreiheit der italienischen P. T. L.-Bediensteten antasteten, die sich nur mehr in einer falschlichen Organisation zusammenschließen dürfen.

Der Vollzugsausschuß ruft das europäische Gewissen zur Beurteilung einer Diktatur auf, die ein auf höchster Kulturstufe stehendes Volk aller freiheitlichen Grundrechte beraubt.

Die nächste Sitzung des Vollzugsausschusses findet 1926 in Paris statt.

Zur russischen Einheitsfrontmache.

Gegen die Union der Holzarbeiter.

Der Anschluß des amerikanischen Holzarbeiterverbandes an die Union der Holzarbeiter wurde in der „Roten Fahne“ vom letzten Sonntag glorifiziert. Die Amerikadelegation des ADGB sei einmündig worden, um die konservativen amerikanischen Gewerkschaften als Gegengewicht gegen den linksorientierten englischen Flügel in der Amsterdamer Internationale zu gewinnen. Die „Rote Fahne“ muß allerdings zugeben, daß der Beschluß der amerikanischen Holzarbeiter „zweifellos ein Fortschritt auf dem Wege zur Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit sei“. Aber — Larnow, der sich mit aller Energie für den Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften in den ADGB einsetze, leistete gegen die Einheit mit den russischen und revolutionären Gewerkschaften anderer Länder den schärfsten Widerstand. Der Kongress der Holzarbeiter-Internationalen im Juli d. J. in Brüssel habe den Generalsekretär des englischen Möbelarbeiterverbandes Gossip aus dem Exekutivkomitee ausgeschlossen, weil er für den russischen Holzarbeiterverband die Aufnahme gefordert habe.

Die Dinge haben sich natürlich erheblich anders zugetragen, als es das Bolschewistenblatt erzählt. Ueber die Reise der deutschen Gewerkschaftsdelegation haben wir schon der „Roten Fahne“ gedient. Gossip hat als Mitglied des Exekutivkomitees gegen die Beschlüsse des Wiener Kongresses der Holzarbeiter-Union verstoßen, indem er mit den kommunistischen Verbänden in Rußland und Frankreich Beziehungen unterhielt. Da er erklärte, auch weiterhin mit diesen Verbänden in Verbindung zu bleiben, wurde er nicht wiedergewählt; an seiner Stelle wurde ein anderer Engländer, der Delegierte des englischen Holzarbeiterverbandes Wolstowcroft gewählt. Von einem Ausschluß kann also nicht die Rede sein.

Der Brüsseler Kongress beschloß: Das Exekutivkomitee kann eine Delegation nach Rußland entsenden, wenn es die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dazu für gegeben hält und in Rußland Verhältnisse herrschen, die der Delegation die Möglichkeit geben, nach Belieben Untersuchungen zu veranstalten.

Dieser Beschluß wird in der „Fahne“ als zweideutig erklärt, zugleich aber getragt, wo seine Durchführung bleibe. In der der ADGB. eigenen 21-Punkte-Logik wird gefolgert:

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich durch seinen Vorstehenden an der Amerikadelegation des ADGB. beteiligt. Er muß (!) als stärkste Organisation der Internationalen vorangehen und eine Delegation nach Sowjetrußland entsenden. Eine wirkliche Internationale der Holzarbeiter komme erst zustande, wenn auch der russische Holzarbeiterverband und die revolutionären Holzarbeiterorganisationen der anderen Länder in die Union eingegliedert werden.

Darauf zu erwidern ist, daß die Russen jederzeit der Internationalen Union der Holzarbeiter beitreten können, wie diese auch beschloßen hat, vorausgesetzt, sie scheiden vorher aus der sogenannten Roten Internationale aus, d. h. sie verzichten darauf, den Arbeitern in den anderen Ländern Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Beschlüsse der Bergarbeiterinternationalen.

Paris, 10. November. (W.F.B.) Der Exekutivauschuß des Internationalen Bergarbeiterverbandes hat heute vormittag seine Beratungen fortgesetzt. Er hörte zunächst den Bericht des Sekretärs des Internationalen Verbandes über die am 9. und 10. Oktober in Amsterdam abgehaltenen Sitzungen, in denen der Kampf gegen die Kriegesgefahr erörtert wurde. Es wurde beschloßen, den nächsten internationalen Bergarbeiterkongress am 10. August 1926 in Arica zu abhalten. Ein lebhafter Meinungsaustausch entspann sich um den Plan, Delegierte der Bergarbeiterinternationalen nach Rußland zu entsenden. Es sind neue Schwierigkeiten wegen der Domschacher entstanden, welche diese Delegationen begleiten sollen. Der Verband besteht auf seinem Rechte, seine Delegierten selbst zu wählen. Schließlich wurde ein Schreiben der japanischen Bergarbeiter beauftragt, die um Aufnahme in den Internationalen Bergarbeiterverband ersuchen. Vor Schluß der Beratungen wurde beschloßen, an die Arbeiter aller Länder einen Aufruf zu erlassen, um sie zur Organisation der Behinderung des Krieges aufzufordern und die Einstellung der Feindseligkeiten in Marokko und Syrien zu verlangen.

Verbindlicher Schiedsspruch für das Baugewerbe.

Bonn, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Schiedsspruch für das rheinische Baugewerbe, der am 4. Oktober vom rheinischen Schlichter gefällt worden war und der das Lohnabkommen vom 2. und 22. Mai d. J. aufrechterhält, ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Vor schweren Kämpfen im Saargebiet.

Saarbrücken, 9. November. (W.F.B.) Die schwere Wirtschaftskrise im Saargebiet wird durch die Frankentwertung von Tag zu Tag bedrohlicher. Große Arbeitskämpfe stehen im ganzen Saargebiet bevor. Die Gewerkschaftsgruppen haben den Arbeitgebern neue Lohnforderungen unterbreitet. Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie hat die Lohnforderungen der Gewerkschaftsorganisationen wegen der schlechten Wirtschaftslage abgelehnt. Im Holz- und Baugewerbe will der Arbeitgeberverband zur Aussperrung aller Arbeiter schreiten. In drei Saarbrücker Großbetrieben haben die Arbeiter die Tarife gestündigt.

Achtung, Bauarbeiter! Die Sperre bei der Firma Gebrüder Kretzede wird aufgehoben, da die Differenzen bei dieser Firma erledigt sind. Deutscher Baugewerksbund.

Achtung, Bauarbeiter! Auf der Baustelle der Firma Polzmann, Reindendorfer, Holländer Straße, sind die Steinträger wegen Differenzen von der Firma ausgesperrt. Wir ersuchen, Arbeit dort nicht anzunehmen. Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin. Verein der Akkordleistenden Groß-Berlins.

Gesperrte Gastwirtschaften! Wie der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind die folgenden Gastwirtschaften für seine Mitglieder gesperrt: Palais des Dîners, Ind. Weißbier, Warfauer Str. 34/35, Prälates des Dîners, Große Frankfurter Str. 18, Böhmisch-Kraushaus, Landberger Allee 11, Restaurant Fr. Saarmann, Oberbaumstr. 1, Restaurant Hoppe, Kottbuser Damm 21, Restaurantbetrieb und Tunnel im Walkalla-Theater, Weinbergsweg 21 (nicht Weinbergsweg), Restaurant „Zur Ränglausie“ Ind. Ind. Mühlstraße. — Die Sperre über Jordans Allee Bierstuben Ind. Stadtleh u. Schirmer ist aufgehoben. Die Differenzen sind beigelegt.

ADGB-Genossen des Bezirksamts Kreuzberg! Donnerstag, 7 1/2 Uhr abends pünktlich, im Lokal von Bielet, Dielenbühn, 36, Beroliner-Union aller ADGB-Arbeiter, Anzeigellen und Beamtinnen, Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gaborst, Dr. Feuser über „Das Schicksal der Stadt Berlin“, 2. Diskussion, 3. Bericht über den Bescheid von Parteimitgliedern haben Zutritt, Gahr willkommen, Reichreichen Besuch erwartet. Der Reaktionsverband, 3. A. Wener.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin. Donnerstags Mitteilerversammlung im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelplatz 24-25.

Reizmittel für Vorkist: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Salernus; Gewerkschaftsbesetzung: Friedr. Calern; Frau: R. A. Böcker; Solales und Sonntag: Rik. Rahlb; Angewandte: Th. Glöde; Familie in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Linienstraße 1. Serien 2 Beilagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Kontinuum“.

JACOBY-BOY

GARBÁTY **Deine** GARBÁTY

KÖNIGIN V. SABA

GOLD-SABA

GARBÁTY

SABA

weiter nur 4 Pfg. GARBÁTY

Kohlrüben.

Es läßt sich hundert gegen eins wetten, daß schon diese Ueber-

Der Park im Schotten.

Das Schicksal einer Großstadtlinge.

In dem schönsten Punkte der Stadt Charlottenburg befindet

Und dies alles soll nun dem Untergang preisgegeben werden?

Zwischen Dernburg- und Herbaristraße befindet sich

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

„Ich muß jetzt gehen.“ sagte Herr Kayle, strich das

„Finden Sie ihn nett, Fräulein?“ fragte Venchen plötzlich

„Ja, ich kenne ihn auch so wenig.“ sagte die andere. „Hät'

„Fräulein, was sagten Sie? Sie haben ja die Hände

müsegärten — eine wirkliche Oase und ein anmutiges und ländlich

Der Potsdamer Prozeß.

Zwei Tage Ruhepause.

Zu der gestrigen Nachmittagsitzung war der Andrang wieder

Der Student und die Friseur.

Menschen, die vom Wege abkommen.

Eigentlich haben die Beiden nichts miteinander zu tun. Sie

Schon als Obersekundaner kommt er mit den Belegen in Konflikt,

Die kleine schwächliche Friseurin Margarete B. hatte vor

Bayern baut in Berlin ein Bierhaus!

Bekanntlich mag der Bayer, besonders der Südbayer und der

„Rein.“ Es klang herb. „Wozu beten? Ich habe ja

„Nehmen Sie's nicht übel, ich dachte,“ sagte Venchen

Dlga Wiltowski fand im Atelier des feinen Modebasars

„Also Schneiderarbeit?“

„Ja wohl.“

„Wo haben Sie schneidern gelernt?“

„In meiner Heimat.“

„Haben Sie Zeugnisse?“

„Rein.“

„Sind Sie selbständig in der Schneiderei?“

„Ich verstehe alles.“

so vielleicht der Tod aus? Fast schien es ihr so. Schau sah

„Verlaß mich nicht,“ leuchtete Venchen.

„Ich verlaß dich nicht.“

„Ich will nicht sterben!“

„Du stirbst ja nicht.“

„Doch, ich sterbe. Ich will ja auch gern sterben. Ich

„O Gott, was machen die Männer aus uns, dachte wieder-

Zuletzt mußte man doch den Arzt holen, die Lehmann

Die Lehmann hob höchst überrascht und ganz außer sich beide

Sie hatte die Lehmann nicht verstanden und auch das

(Fortsetzung folgt.)

soß sie es, wie behauptet wird, nach eigenen Plänen in das große „Europahaus“ einbauen, das der Berliner Heinrich Wendelsohn, ein Baukünstler von eigener Prägung, an der Ecke der Anhalt- und Königsgraben-Straße erbaut. Nach allem, was man bisher über den Wendelsohn-Bau hörte und sah, besteht die Aussicht, daß dort etwas wirklich Neues, Eigenes und Großes entsteht. Soll nun tatsächlich erlaubt werden, daß in diesem stiftlich in sich geschlossenen Bau eine Münchener Hofbauarchitektur sich einmischt? Es tut not, daß die Öffentlichkeit darüber Klarheit bekommt.

Das tägliche Amtsvergehen. Ein anonymes Brief.

„Amtsunterstellungen gehören ja jetzt leider zu den täglichen Kapiteln, über die wir hier zu verhandeln haben!“ Der Vorsitzende sagt es im Laufe der Urteilsbegründung in einer Verhandlung gegen den Zollbeamten Walter H., der sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen schwerer dienstlicher Verfehlungen verantworten muß.

H. ist über 10 Jahre in seinem Amte gewesen, war im Felde Offizier und genoß das größte Vertrauen seiner Vorgesetzten. Das ist immer so der übliche Gang. Dann kam lange Krankheit, die Rot der Zeit und drachten einen Mann auf die Anklagebank, der wegen geringer Summen einen Strich durch sein Leben macht, den er nicht mehr auszulösen vermag. H. war im Zollamt Norden beschäftigt und beauftragt, selbständig mehrere Unterwerfungsbeschlüsse vorzunehmen. Hier soll der Angeklagte in drei Fällen Geld eingezogen haben, wozu er schon an und für sich nicht berechtigt war. Es ließ sich in der Beweisaufnahme nicht mehr mit Sicherheit feststellen, ob H., wie er behauptete, auch hierzu von seinen Vorgesetzten ermächtigt war. Jedenfalls wurden die einflussierten Summen nicht sofort an die Zollkasse abgeführt, der Angeklagte behielt sie für sich, da ihn gerade zu dieser Zeit Rot und Krankheit in mißliche Verhältnisse gebracht hatten. Später wollte H. dann das Geld in einfachen Briefen an seine Behörde abgeben. Die Briefe blieben jedoch, die die Zollkasse nie erreichten! Über die Staatsanwaltschaft erhielt eines Tages ein anonymes Schreiben, in dem sich ein anderer Beamter beklagte, die Briefe mit dem Geld unterschlagen zu haben. Man möge keinen Verdacht auf den unschuldigen H. lenken, er, der geheimnisvolle Briefschreiber, habe sich — in bitterer Not — dazu verurteilt lassen. Sowohl der Staatsanwalt wie das Gericht waren nun der Meinung, dieser anonyme Brief sei ein Mordanschlag auf den Angeklagten gewesen, das besser unterblieben wäre. H. wurde in drei Fällen der schweren Unterstellung im Amte für schuldig befunden. Sein bisher unbescholtenes Leben, die langjährige tadellose Führung verschafften ihm allerdings mildernde Umstände. Es wurde auf eine Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis erkannt und ihm ferner die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von 3 Jahren abgeprochen.

Drei neue Tagesheime in Neukölln.

Die furchtbare Wohnungsnot bringt gerade unseren Alten soviel Widerwärtigkeiten, daß sie sich herzlich freuen, in den Wintermonaten außerhalb ihrer Wohnung einige Stunden in Gesellschaft verbringen zu können. Es ist deshalb erträulich zu sehen, wie immer mehr die einzelnen Stadtverwaltungen bestrebt sind, diesen Kreisen ein „Stellbühnen“ zu schaffen. Das Bezirksamt Neukölln hat gleich drei solcher Heime in den verschiedenen Gegenden eingerichtet, und zwar: Karlsgrabenstraße im Einblisslement Karlsgraben, Kneisebeckstraße 135 bei Teich und Bertelsdorfer Straße 9. Keine düsteren „Barmbehalten“, sondern Heime im besten Sinne des Wortes sollen diese Tagesheime werden. Neben Tageszettelungen und Zeitdrucken soll noch eine kleine Bibliothek eingerichtet werden; doch fehlt es hierzu leider noch an Mitteln. Hier können die Bürger mithelfen. So manches gute Buch liegt zu Hause unbenutzt, während es den Alten eine Freude in ihrem trüben Dasein bieten könnte. Es soll der Versuch gemacht werden, durch Ausgabe von Mitteltagen zu dem üblichen Preise oder auf Kosten den Alten den Weg zu den Büchern zu ersparen. Nachmittags gibt es unentgeltlich Kaffee. Die Räume sind jeden Tag, außer Sonntags von vormittags 10 bis abends 6 Uhr geöffnet. Eine große Zahl freiwilliger Helfer hat sich zur Verfügung gestellt, was die Unterhaltungsarbeiten wesentlich herabdrückt. Zur Einweihung der Räume hatte das Bezirksamt zu einer kleinen schlichten Feier nach dem Karlsgraben eingeladen. Die Besucher waren so zahlreich erschienen, daß die beiden Räume nicht ausreichten, sondern der große Saal genommen werden mußte. Es muß Aufgabe jeder sozialistischen Gemeinde sein, gerade den Ärmsten der Armen ein sorgenloses Dasein zu schaffen. Wäre es nicht möglich, auch den arbeitslosen Jugendlichen solche Räume zur Verfügung zu stellen?

Poesie und Prosa.

Man sieht den Toilettenisch in Filmen blumen- und kristallüberladen, mit Schachteln und Schachteln und Platonen und Maniergegenständen reich besetzt, Rauchwerk und Bücher und Briefe dazwischen, ein riesiges Luxusding, bestimmt, in saalähnlichen Zimmern märchenhaft reichen Frauen zu dienen. Und dann erlebt man, wie die Heldin des erschütternden Dramas, nachdem sie ihre edle Seele in Unglück und Armut bewahrt hat, sich einmal — einmal in Natura und dreimal in den Spiegeln — pudern oder die Lippen malen darf. Das ist sicher sehr schön zu sehen und — fragt nur die Stars — im vollkommenen Film auch durchaus unentbehrlich. Aber was soll solche Herrlichkeit im ganz geschäftlichen Leben, in dem es heute Kartoffelsuppe und morgen Bouletten zu Mittag gibt? Nun, es ist damit so, wie mit den meisten Dingen in Filmen und Romanen: sie existieren schon, nur im allgemeinen in etwas profaischerer Form. Bei Filmmodeellen zum Beispiel tut es ein Stuhl mit durchscheinendem Sitz, der seiner neuen Bestimmung zugeführt ist, wenn man eine Blechschüssel mit Wasser darauf stellt und eine schmierige Bürste und einen Kamm, der schon die Hälfte seiner Zähne eingebüßt hat, dazusetzt. Es war ein hübscher Gedanke der Firma Kopp u. Joseph, auch solchen „Toilettenisch“ ihrer Ausstellung einzurichten. Der Durchschnittsbesucher wird allerdings doch wohl etwas höhere Anforderungen stellen. Auch er auch bei den meisten der oft sehr geschmackvollen Tische sind am Anblick gemüßigt lassen, da ihre Anschaffung viel zu große Anforderungen an den Geldbeutel stellen würde, einen Tisch sah man, den sicher manche Frau nachahmen wird. Ganz mit weißem Malt besteht (statt des Tisches darunter genügt auch eine Kiste), mit einem weißen Spiegelchen, Kamm, Bürsten und einigen anderen Kleinigkeiten, alles gediegene, wohlfeile Dinge, ist er ebenso hübsch wie praktisch, da er für die notwendigen Gegenstände eine saubere, handliche Anordnungsmöglichkeit bietet.

Die verhängnisvolle Verwechslung.

Wegen jährlicher Körperverletzung war der Apothekergehilfe R. vor dem Charlottenburger Schöffengericht angeklagt. Einem Patienten waren Atropinpillen in einer Dosis von sehr geringer Stärke verabreicht worden, so daß der bedauernswerte Mann nach deren Genuß Wahnsinnsanfälle bekam und nach Dalldorf geschafft werden mußte. Er ist zwar geheilt worden, der Gedächtnis aber, der die Pillen verabreicht haben soll, mußte sich jetzt wegen jährlicher Körperverletzung mit dem erschwerenden Moment der Auserachtlassung der für einen Apotheker vorgeschriebenen Sorgfalt vor dem Strafgericht verantworten. Der Angeklagte bestritt, der Schuldige zu sein und behauptete, daß die Pillen von dem zweiten Provisor der Apotheke hergestellt sein müßten, während dieser wiederum die Schuld auf den Angeklagten schob. In der Beweisaufnahme gelang es dem Verteidiger, den Nachweis zu führen, daß es in den Berliner Apotheken üblich sei, daß ein Provisor das Rezept fertige und der andere das Einreiben schreibe. In diesem Falle hatte der Angeklagte die Aufschrift besorgt. Das Schöffengericht konnte eine Schuld des Angeklagten nicht einwandfrei feststellen und mußte den Angeklagten mangels Beweises freisprechen.

Preisbildung im Handwerk.

Gegen die ungerechtfertigten Preisbindungen.

Die Aufmerksamkeit der mittleren Preisprüfungsstelle für Groß-Berlin ist jetzt auf die Preisbindungen der verschiedenen Handwerkszweige, wie Schneiderei, Schuhmacherei usw. gerichtet, um hier wie in übrigen Geschäftszweigen gegen die Uberteuering vorzugehen. Vor allem richtet sich der Kampf der Preisprüfungsstelle gegen die ungerechtfertigten Preisbindungen, wie sie die Innungen für verschiedene Wertleistungen festgesetzt haben, um dadurch die Konkurrenz durch niedrige Preise auszuschalten. Zum Beispiel sei daran erinnert, daß einer Berliner Schuhmacherei durch Innungsbeschluss verboten wurde, ihre Preise, die unter den Richtsätzen der Innung standen, zu veröffentlichen. Die Preisprüfungsstelle ist nun gegen derartige preistreibende Maßnahmen der Innungen vorgegangen und hat, wie wir hören, bei verschiedenen Handwerkszweigen, wie Schneiderei, Schuhmacherei, Schmieden usw. eine Besserung erzielt.

Auf dem Lebensmittelmarkt sind die Erhebungen der Preisprüfungsstelle zur Feststellung von Uberteueringen der Handelspreise ebenfalls noch nicht abgeschlossen und in der letzten Woche besonders der Preisbewegung für Backwaren und Fische, wo eine ganz besondere Uberteuering der Preispannen besteht. Aufmerksamkeit zugewandt worden. Wenn diese Erhebungen abgeschlossen sein werden, wird sich die Preisprüfungsstelle mit der Preisbewegung auf dem Eiermarkt beschäftigen. Auch hier scheint eine sehr starke Uberteuering der Handelspreise vorzuliegen und außerdem die Aufblähung des Verteilungsapparates preissteigernd zu wirken. Wenn auch der Import von Eiern aus Russland nur 60 Proz. der Friedenseinfuhr beträgt und man die erhöhten Frachtkosten und Spesen in Betracht zieht, so dürfte die Preissteigerung für Eier, die 100 bis 120 Proz. des Friedenspreises beträgt, kaum gerechtfertigt sein.

Zuchthaus für den Separatistenführer Freitag.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen den Separatistenführer Eric Freitag, der sich wegen eines im Rheintal begangenen Totschlages zu verantworten hatte, wurde festgestellt, daß er zu Beginn des Krieges wegen Epilepsie als 100 Prozent erwerbsunfähig vom Militärdienst befreit wurde. Nach Beendigung des Krieges hatte er sich in Berlin in verschiedenen Berufen versucht, und war dann in das besetzte Gebiet gefahren, wo er durch französische Vermittlung Arbeit erhielt und sich später als herzogtümliches Mitglied der Separatisten betätigte. U. a. war er bei diesen Kompagnieführern in Koblenz, später in Hannover. Bei dieser Beschäftigung ging er so rigoros vor, daß er sich nicht nur den Haß der Bevölkerung, sondern auch die Unzufriedenheit seiner Anhänger zuzog. Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte bei einem dieser Raubzüge aus Anlaß eines Zusammenstoßes den jungen Stahel erschossen hatte. Der Staatsanwalt beantragte 12 Jahre Zuchthaus. Das Gericht sah in der Tat eine Folge der damaligen unruhigen Zeit. Dieser Totschlag sei eine überleitete feige Handlung eines Menschen, dessen Selbsterhaltungstrieb ihm jede Uberteuering geraubt hätte. Es verurteilte Freitag zu acht Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre.

Spielzeug-Ausstellungen.

Draußen pfeift zwar der Wind und ist recht grimmig, aber es ist durchaus noch nicht novembrechaltig, und Winter und Weihnachtsferien liegen sogar für die Kinder noch in weiter, weiter Ferne. Aber, ob wir's nun glauben wollen oder nicht: in sieben Wochen ist's doch heran, und um es uns deutlich zu machen, beginnen die Kaufhäuser mit ihren ersten Spielzeugausstellungen. Bei Tisch am Dönhofsplatz gibt es wunderhübsche Illustrationen zu dem Kinderstücken „Hänschen, Hänschen, denke dran, was aus dir noch werden kann“. Eine ganze kleine Stadt ist dazu entstanden, mit einer Brauerei in der Mitte und spiggebligen, altertümlichen Häusern, an denen seltsame Wahrzeichen und mattglänzende Laternen hervorragen. Schaut man durch die Fenstercheiben, so sieht man die verschiedenen Gemerke bei ihrer Arbeit: Müller und Schneider und Schreiner und Schuster, und an einem Haus lehnt eine Leiter, die Hänschen als Schornsteinfeger hinaufsteigt. Für den Ermühten ist's übrigens nicht ohne Reiz, daß aus der moralischen eine unmoralische Geschichte geworden ist: das widerpenstige Hänschen, das dem Viede nach im Elend untergeht, wird diesmal zum Schluß ein Radio- und Kinofachmann und feiert Weihnachtsabend in seiner „Villa Hans“. Was den Kindern entschieden einen hübschen Abschluß der Ausstellung bietet. In dem Hause Tisch am Alexanderplatz hat sich ein richtiger Zaubermagier entfaltet, hüster und geheimnisvoll, in dem alle vertrauten Gestalten der Märchenbücher lebendig wurden, Schneewittchen, das tapere Schneebrotlein, die sieben Geiseln, Rotkäppchen und noch viele andere. Und irgendwo im dunklen Lammengedächtnis schlägt eine Nachtigall, und kleine Kinder, die an dem riesigen Kuchenzettel vorbeifahren, vor dem das Bäuerlein steht und vor Angst zittert, fangen an zu weinen, so gruslich ist's.

Auto und Straßenbahn.

Vor dem Hause Leipziger Straße 73/74, in unmittelbarer Nähe des Dönhofsplatzes, ereignete sich gestern abend kurz vor 6 Uhr ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Triebwagen der Linie 13 und einer Kraftdroschke. Wir erfahren hierzu folgendes: Der Fahrer der Kraftdroschke wollte den Straßenbahn nach vor der heranrückenden Straßenbahn überqueren, wurde aber von dieser erfaßt und total zertrümmert. Die Insassin, die 67 Jahre alte Ehefrau Clara Reichert, aus der Martgrafstraße 75, erlitt schwere Schnittwunden am Kopf und an den Händen, sowie einen schweren Nervenschuß. Ihre misfahrende Entlein und der Chauffeur blieben glücklicherweise unverletzt. Die Verunglückte wurde zunächst nach der Rettungsstelle in der Kommandantenstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Urban transportiert. Durch den Vorfall trat eine größere Verkehrsbehinderung ein.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 11. November.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne. Unterhaltungsabende: „Das gläserne Häuschen“, von Gertrud Lundehn. Vorgelesen von Elisabeth v. Elka. 4.30—8 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Pankapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 6.45 Uhr abends: Einführung zu dem Singspiel „Der Wildschütz“ am 12. November. 7.15 Uhr abends: Dr. med. Fritz Streblow: „Hygiene der Heizung“. 3. Vortrag: „Lokalheizung“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurs). Abteilungs-Rechtswissenschaft. Geh. Oberregierungsrat Dr. Ludwig Laß: „Einführung in die soziale Gesetzgebung“. 2. Vortrag. 8.30 Uhr abends: Kammermusik von Haydn bis Schönberg. Zweiter Abend. Unter Mitwirkung von Nora Pising-Boas, Sopran. Mahke-Trio: Rudolf Schmidt, Klavier; Hans Mahke, Violine; Adolf Steiner, Cello. Mitwirkende: Leonhard Kohl, Klarinette; Karl Reitz, Viola. 1. Jos. Haydn (1732—1809): Klaviertrio G-Dur, Andante — Poco Adagio — Finale: Rondo all'Ongeva (Presto). 2. Schubert: a) Suleika I (Goethe). b) Frühlingsglaube (Umland). c) Ungeduld (Müller). d) Der Jüngling an der Quelle (Dichter unbekannt). e) Lied im Grünen (Reil) (Nora Pising-Boas; am Flügel: Rudolf Schmidt). 3. Mozart: Trio für Klarinette, Viola und Klavier. Es-Dur (Leonhard Kohl, Hans Mahke, Rudolf Schmidt). 4. Händel: O. holder Schlag, Arie aus „Semele“. b) So wie die Taube, Arie aus „Acis und Galathea“. c) Glück: Ab, ritorna. Arie aus „Il trionfo di Clelia“ (Nora Pising-Boas; am Flügel: Rudolf Schmidt). 5. Beethoven: Klavierquartett Es-Dur für Klavier, Violine, Viola, Cello, op. 16, Grave, Allegro ma non troppo — Andante cantabile — Rondo: Allegro ma non troppo. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Buchbinder und Bücherfreund.

Im Rahmen der Ausstellung „Das deutsche Buch“ im Merkurhaus, Kochstraße, sprach Oberlehrer Franz Weise-Gomburg über das Thema „Buchbinder und Bücherfreund“. Er führte aus: Nach einer Zeit, der die Aufmachung des Buches nichts bedeutete, begann augenblicklich auch in Deutschland die Liebe zum schönen Buch zu wachsen. Allerdings ständen wir heute zum Buch anders als vergangene Zeiten hoher Kultur wie das Kololo oder das Empire. Damals herrschte ein Stil, dem auch das Buch unterworfen war, man ordnete das Buch in die Architektur des Zimmers ein, alle Bücher trugen denselben Einband, der sich leinestwegs nach dem Inhalt richtete. Heute sucht der Buchliebhaber ein Kompromiß herzustellen zwischen seiner Reizung und dem Inhalt des Buches. Auch in Deutschland ist das Niveau des handgebundenen Buches sehr hoch, allerdings bleibt Frankreich ein Stück voraus, wie die große Buchausstellung in Paris vor ein paar Monaten zeigte. Es ist sehr zu bedauern, daß Deutschland die Einladung nach Paris nicht angenommen hatte.

Zwei Mörder entpauken. Zwei sehr gefährliche Schwerverbrecher, die zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden, sind am 4. d. M., nachmittags 6 1/2 Uhr aus dem Zuchthaus in Brandenburg entwichen. Ein 21 Jahre alter Bureaubote Kurt Goldbach und ein 27 Jahre alter Landarbeiter Josef Kopycz. Bis jetzt ist noch keine Spur von ihnen gefunden.

Der Mörder von Dönnitz in Ploßensee hingerichtet. Der Doppelmörder Otto Krause wurde gestern morgen um 8 Uhr durch den Scharfrichter Gröbler aus Magdeburg auf dem kleinen Hofe des Ploßenseer Gefängnisses hingerichtet. Das Todesurteil wurde mit dem Handbeil vollstreckt. Krause, der gestern abend noch den Besuch seiner Frau erhalten hatte, ging sehr geläht in den Tod.

Im Rose-Theater feierte die alte Posse „Auf eigenen Füßen“ als „Bummelstudenten“ ihre Auferstehung. Zu Conradis Musik komponierten Billy Breitshneider und Bogumil Jopler neue Lieder. Ingesamt bemühten sich vier Autoren um den Text, da darf man sich wirklich nicht wundern, daß er oft ein wenig mäßig ausfiel. Doch, wie dem auch sei, heute schwärmt man für die hübsche Auflösung alles Geschehens, sei es im Film, sei es in der Revue. Auch die Bilder der Posse, dem verschleierten Schmaad Rechnung tragend, fanden lebhaftes Anerkennen. Unzweifelhaft sprach das Barpiel, mit Heidelberg als Kulisse, am stärksten an. Von den Darstellern verdienen der routinierte Karl Winter, der köstlich frische Mikuski und die dralle Charlotte Tiburtius ein besonderes Lob. Daß man die Dame zwingt, ihre Körperkraft zu beweisen, ist nicht nach jedermanns Geschmack.

Der Berliner Volkstheater (Direktor Dr. Ernst Jander) veranstaltet am Donnerstag, den 12. November, im kleinen Saal der Reuen Welt, Hohenstraße 108/114, ein Konzert des A-capella-Chors unter Mitwirkung von Hermann Schen (Bariton) und Michael Laube (Klavier). Der Abend ist zeitgenössischen Komponisten gewidmet. Eintrittskarte 75 Pf.

Das Volkstheater am Reinholdsdorf veranstaltet am 12. November, abends 8 Uhr, in den Hubertus-Praktiken in Reinholdsdorf-Ost (am Bahnhofs-Schloß) und am 13. November im Restaurant Bellevue am Bahnhofsplatz zwei volkstümliche Kabarettabende, die unter der Devise „Geil, Witz, Humor“ stehen.

Sprechchor der Proletarische Feiern. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Besetzungsaal der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16-17. Uebungsstunde für die Feiern am 2. Weihnachtsfestabend wird „Großstadtfrühling“ von Franz Redtenbacher geübt. Die Feiern kommen um 8 Uhr.

Der Mieterverein des Groß-Berliner Westens hält am Donnerstag, den 12. November, abends 8 Uhr, in den Sälen des „Billiarzentrums“ zu Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 114/115, eine große öffentliche Mieterversammlung ab, in der die Referenten Herr Karl Rubin und Herr Rechtsanwält Dr. Gese über den Kampf gegen die beabsichtigte Aufhebung des Mieterrechtes und über die Mieterparaden und Wohnungsneudurchsuchungen durch die Mieterorganisationen usw. sprechen werden. Große Gefahr ist für die Mieterkassen in Bezug. Deshalb muß die Mieterkassen aus eigener Kraft die Mängel und Fehler beseitigen, deren Abstellung bisher weder der Regierung noch dem Hausbesitzer gelungen ist.

Gesellschaftlicher Abend (Spricht am Donnerstag, den 12. November, abends 7 1/2 Uhr, im Festsaal der Oberrealschule in Steglitz, Wittenstraße (nahe Wackerstraße), in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: Das Scheitern des Todes — gibt es ein Jenseits? Musikalische Umrahmung. Die Steglitzer Feiertagsfeier ist zu diesem Vortrag extra eingeladen. — Freitag, den 13. November, abends 7 Uhr, spricht Walter Beyer in Lichtberg, Göttingen-Platz, Rathausstraße (nahe Frankfurter Allee-Kingdahlhof), über das Thema: Religion und Silberriebe.

Ein Jahr unschuldig im Zuchthaus.

Koblenz, 10. November. (Rth.) Der Arbeiter Neuer aus Magen (Rheinland) war i. H. auf die eidliche Bekundung eines Steinbrucharbeiters wegen schweren Einbruchdiebstahls zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem er die Strafe restlos verbüßt hatte, beantragte er ein Wiedererlaubungsverfahren, das auch Erfolg hatte. In der erneuten Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer wurde festgestellt, daß der damalige Zeuge, um sich persönlich zu entlasten, einen Meineid geschworen hatte. Neuer ist nunmehr freigesprochen worden.

Eisenbahnunglück in Belgien.

Brüssel, 10. November. (Wf.) Der Personenzug Charleroi-Brüssel ist in der Nähe von Nivelles entgleist. Mehrere Reisende wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Verkehrsunfälle in Spanien.

Madrid, 10. November. (Wf.) Der Schnellzug von Barcelona ist kurz vor Madrid mit einem Güterzug zusammengefahren, wobei ein Reisender getötet wurde und vier weitere Reisende schwere Verletzungen davontrugen. — Bei einem Zusammenstoß von zwei elektrischen Straßenbahnwagen wurden 40 Personen verletzt.

Schneefallungslück auf der Zugspitze. Auf der österreichischen Seite der Zugspitze wurden drei Arbeiter des Zugspitzenbahnbauwerks von einer Schneelawine erfaßt. Ein Mann ist tot, einer erlitt einen Armbruch, der dritte ist unverletzt.



Waschungen mit Pixavon regen die Kopfhaut in erstaunlicher Weise an. Die Haare werden weich und geschmeidig, die natürliche Schönheit und Farbe des Haares kommen voll zur Geltung.

Die Aristokratin.

Von R. Jeschenka.

Gregori Iwanowitsch stieß zweimal auf, fuhr sich mit dem Kinn übers Kinn und sagte:

„Ich mag keine Frauenzimmer mit Hüten! Eine Frau mit einem Hute auf dem Kopfe, mit Florstrümpfen, einem Händchen im Arm und einem Goldzahn ist für mich eine große Raub. — Trotzdem habe ich mich einmal in eine solche Aristokratin verliebt. Ich führte sie spazieren und auch ins Theater. Doch war dies nichts für mich armen Kerl. Erst später erkannte ich ihre „Ideologie“.“

Das erstmal erlöste ich sie in unserem Hause, wo ich Präsident des Hausbewohner-Komitees bin. — Da sah ich eines Tages im Hofe ein kleines Püchel mit Florstrümpfen und einem glänzenden Goldzahn stehen. „In welcher Wohnung sind Sie zu Hause?“ fragte ich sie. „In Nummer sieben,“ antwortete sie kurz. „Gut, gut, ich habe nichts dagegen!“ sagte ich. Und ich muß gestehen, daß sie mir gefiel.

Von da an machte ich öfter Besuche bei ihr. Zuerst einmal offiziell. „Funktioniert die Wasserleitung bei Ihnen?“ fragte ich. „Ja,“ antwortete sie knurrig, mit ihrem glänzenden Goldzahn, indem sie mich mit ihren Blicken durchbohrte. „Sie funktioniert!“

Einen Monat lang ging ich täglich zu ihr. Sie gewöhnte sich langsam an mich und würdigte mich einer längeren Antwort. „Danke schön, Gregor Iwanowitsch... Sie funktioniert!“

Dann begannen wir gemeinsame Spaziergänge auf der Straße. Sie wollte immer von mir untergefaßt werden und ich fühlte mich unbehaglich wie ein Fisch ohne Wasser. Ich brachte dann kein Wort heraus und genierte mich schrecklich vor den anderen Leuten.

Einmal sagte sie zu mir: „Warum gehen wir immer nur auf der Straße spazieren Gregor Iwanowitsch. Sie sind doch ein junger Mann in einer guten Position und könnten mich doch auch ins Theater führen. — „Mit größtem Vergnügen!“ antwortete ich galant.

Am nächsten Tage schickte uns die kommunistische Verteilung zwei Theaterbillets. Eines für mich und eines für unseren Schlossermeister Wasa, welcher mir seines überließ.

Ich konnte auf den Billets nicht erkennen, wo unsere Plätze waren, und als wir ins Theater kamen, bemerkten wir, daß mein Platz unten im Parkett und Wasas oben auf der Galerie war. Die Dame saß auf meinem Platz und ich auf Wasas.

Ich kam mir da oben auf der Galerie vor wie in einem Lusthahn. Während der Pause ging ich hinunter und traf sie im Foyer, auf- und abspazierend.

„Guten Abend!“ sagte ich.
„Guten Abend!“
„Sehr interessant, nicht wahr? ... Ob wohl hier die Wasserleitung funktioniert?“

„Das weiß ich nicht!“, antwortete sie, aufs Büfett zusteuernd. Wir traten zusammen an das Büfett und sie fing an, die Kuchen zu beäugeln. Ich sagte zu ihr wie ein guter solider Bourgeois:

„Wenn Sie hungrig sind, können Sie einen Kuchen essen. Ich werde ihn bezahlen.“
„Merci,“ antwortete sie, packte einen Schlagahmentuchen und verschlang ihn.

Ich sah ihr angstvoll zu, denn ich hatte sehr wenig Geld bei mir, das höchstens für drei Kuchen reichte.

Einen Schlagahmentuchen hatte sie verschlungen und nahm nun den zweiten. Ich mußte nicht, was ich sagen sollte. Ich fühlte plötzlich eine bürgerliche Verlegenheit: Wie kästig ist doch ein Kavaliere mit einem leeren Portemonnaie!

Sie strahlte übers ganze Gesicht und erwartete von mir ein Kompliment. Aber ich fragte nur:
„Ist es nicht Zeit, auf unsere Plätze zurückzugehen?“
Sie antwortete kurz:
„Rein!“

Sie nahm einen dritten Kuchen. Ich sagte:
„Ich glaube, daß Ihnen so viele Süßigkeiten nicht gut tun werden.“

Sie jedoch:
„O! Ja! Ich bin daran gewöhnt.“
Und nahm einen vierten Kuchen. Wir stieg das Blut zu Kopf.

„Gib den Kuchen augenblicklich zurück!“ schrie ich. Ihr Mund blieb offen vor Schreck und man sah den Goldzahn glänzen.

Ich dachte: „Jetzt ist alles verloren!“ und schrie:
„Geh zum Teufel mit deinem Kuchen!“
Sie legte den Kuchen zurück.
Und ich fragte den Büfettier:

„Wieviel kosten die drei Kuchen, welche wir gegessen haben?“
Der Büfettier aber sagte kaltblütig:
„Die „vier“ Kuchen, die Sie gegessen haben, kosten ...“
„Wieviel „vier“ Kuchen?“ rief ich aus, „der vierte liegt doch noch hier auf Ihrem Tablett.“

„Gewiß,“ antwortete der Büfettier, „aber Sie haben ihn doch schon angerührt und sogar hineingebissen!“
„Wieviel angerührt?“ schrie ich. „Sie phantastieren wohl!“
Aber der kaltblütige Büfettier wollte nichts davon hören.

Einige sagten, daß der Kuchen nicht angebissen sei, die anderen behaupteten, er wäre angebissen.
Und ich legte mein ganzes Geld hin. Es reichte zufällig gerade für vier Kuchen. Wozu also die ganze Aufregung? ...
Ich bezahlte und sagte zu der Frau: „Bitte, essen Sie den vierten Kuchen auf. Er ist ja bezahlt!“
Aber sie war böse und wollte ihn nicht essen.

Ein Mann aus dem Publikum trat vor und sagte:
„Ich will den Kuchen essen!“
Und diese Ranalle fraß ihn wirklich auf. Für mein Geld!
Als wir nach Hause kamen, sagte sie zu mir:
„Das ist eine Schweinerei von Ihnen! Wenn Sie kein Geld in der Tasche haben, so müssen Sie zu Hause bleiben und nicht Damen ins Theater führen.“

„Verzeihen Sie, mein Fräulein,“ sagte ich, „das Geld allein macht doch nicht glücklich!“
So endete mein Liebesabenteuer.

Sozialismus und Klassenherrschaft.

Der Sozialismus will nicht eine neue Klassenherrschaft, er will nicht eine heute herrschende Klasse zu einer beherrschten machen — er will die Abschaffung jeder Klassenherrschaft. Der Sozialismus will auch keineswegs die Menschheit in eine Glückseligkeitsfabrik ein-sperrn und nach einem vorgelegten Plane einem jeden sein Stück Glückseligkeit zuschneiden — der Sozialismus will für das arbeitende Volk die Mittel erringen, sich des Ertrages seiner Arbeit selbst zu freuen. Wenn nun diese Mittel heutzutage von einer Klasse gewalt-sam angeamholt sind, so wird natürlich das Bestreben des Sozialismus dahin gehen, diese Mittel dem ausschließlichen Besitz der einen Klasse zu entziehen und als unentgeltliches und unverständbares Gemein-gut des ganzen Volkes zu erklären, und wenn die heutigen Bour-geois oder deren Nachkommen dann mit dem Volke arbeiten werden, so werden sie auch an dem Ertrag und am Lebensgenuß ihren Anteil haben und sich glücklicher befinden als in ihrer heutigen be-zuglosen Stellung.“

(Aus einem Artikel G r e u l i c h s: „Christianisierung und Huma-nisierung der Industrie.“ „Logos“ 1873.)

Rupprecht putscht!



Wie sorgsam Rupprecht seine Krone putscht!
Ja freilich, sieben lange Dulderejahre
Lag sie im Winkel, wurde nicht benutzt.
Nun ist die gute, alte Dauerware
Von Rost zerfressen und von Staub beschmutzt.
Dann ist in Deutschland Bayern stets voran!

Die Herrn Kollegen voller Seelenqual,
Betrachten Rupprecht neidisch allzumal.
Steigt der als Erster wieder auf den Thron?
Ja, gegen Wittelsbach kommt ihr nicht an,
Denn wenn sich's handelt um die Reaktion,

Im bayerischen Wald.

Von Edgar Hahnemaid.

Es war eine Fichte. Sie stand auf dem Lusen, dicht unterm Gipfel, wo nach im Juni der Schnee in gerundeten, fest gewordenen Rissen liegt. Der Gipfel, der sich über den festen, braunen Zapfen wiegte, sah über alle anderen Gipfel hinweg nach der kalten Lusen-tuppe, nach diesem merkwürdigen Trümmerhaufen aus vorwühlten, von gelben Fischen beschlagenen Granitblöcken, die nach der Sage der Teufel zusammenschleppte, um von da aus ins Land zu „lufen“.

Der Gipfel schaukelte leise über dem zähen, schanken Stamm, der die federnde Festigkeit eines Stahlastes hatte. Er winkte über die unabsehbaren Wälder hin, aus denen die blauen Rauchfäulen verborgener Holzfeuer aufstiegen. Auf einer fernen Lichtung lag d'e Sonne. Dort schimmerten die verstreuten Schindeldächer eines kleinen Walddorfes, wie matte Silberplättchen. Sonst war weit und breit kein Dorf, keine Menschenspur zu sehen. Ringsum nichts als Wald, dunkler, wogender Wald. Die Fichten wiegten die Gipfel, die ge-breiteten grünen Arme wie flüsternde Beter.

Eines Morgens kamen drei Waldarbeiter heraufgestiegen. Ein alter und zwei junge. Der eine trug die Bügelsäge über die Schulter gehängt. Das blaue, gezähnte Sägebrett blitzte im Morgenlicht. Ein anderer trug die langgestielte Aegle.

In dem lockeren Waldstück, wo die Fichte stand, machten sie Halt. Sie hängten die Aegle und die Säge an die Bäume. Der Jüngste der drei schaute ein Feuer an. Die Flammen züngelten in der blauen Morgenluft. Der Rauch stieg leicht sich traukelnd über die Gipfel hinaus.

Die beiden anderen zündeten sich halblange Pfeifen mit weißen Borsäureköpfen an. Der Graubhaarige zog bedächtig ein humtes Taschentuch hervor und schmeuzte sich. Es trompetete durch die Stille. Dann paffte er den Tabakrauch vor sich hin, nahm die Säge und beföhle mit dem Daumen die geschnittenen Zähne.

Und nun ging alles ganz schnell. Der eine hob mit der Aegle eine Kerbe in den Stamm. Durch den Baum lief ein erschrockenes Zittern.

Dann zischt die Säge ins Holz. Der Baum stand hoch, schlank, von Schauern überwallt.

Die Säge schneit — plötzlich schwang sie. Der Gipfel schwante, blühte noch einmal im Innersten getroffen und ganz schnell über die Berge hin, über die Wälder, die Gipfel, das silberne Dorf in der Ferne — und neigte sich. Langsam, feierlich, rauschend, mit ausgebreiteten Armen fiel der Baum vornüber, stürzte mit beechendem Krachen und Knarren die Walderde mit allen Zweigen. Und lag lang, im Sterben gestreckt.

Der junge Mensch hatte ihm die grünen Arme ab. Die beiden mit der Säge traten unter den nächsten Baum.

Wir nahmen die Aegle auf und stiegen auf die Trümmer-tuppe und blickten rundum in die weite Welt.

Die älteste Wanderschrift.

Zu den modernsten Wahrzeichen der Großstadt gehört heute die Lichtreklame. Als deren jüngstes Kind wiederum darf man die Wanderschrift ansehen, die vor nicht langer Zeit aus Amerika, dem Lande der Reklame, nach Europa kam. Wenigen Menschen allerdings dürfte bekannt sein, daß bereits im Jahre 1798 in Paris eine Erfindung gemacht wurde, die man wohl als die erste Wanderschrift bezeichnen kann. Eine Berliner Zeitung berichtete damals:

„Paris, den 18. Jultus 1798. Eine neue Erfindung: der „redende Turm“ oder „Telologe“ (Hörnsprecher) hat folgende Einrichtung. In einem Turm sind ringsherum große Oeffnungen, durch welche man einen mächtigen Zylinder erblickt, der von einem Pferde horizontal gedreht wird, und die Worte, die man bekanntmachen will, in kolossalen Charakteren nach und nach an allen Oeffnungen darstellt. Sowie eine Zeile die Runde gemacht hat, wird sie durch einen einfachen Mechanismus, der mit den Lasten eines Klaviers Rehnüchtheit hat, von einem einzelnen Ranne weggeschoben und macht einer anderen Platz. Die Buchstaben sind in einer weißen Fläche, hinter der ein schwarzer Schirm steht, ausge-schnitten und können auch des Nachts durch ein in der Mitte des Turmes angebrachtes Licht sichtbar dargestellt werden. Die Kost der Erfindung geht dahin, vielen tausend versammelten Menschen zu gleicher Zeit etwas zu wissen zu tun. Man kann sich, sagt er, von der Sache eine Vorstellung machen, wenn man auf einem mit großer Schrift gedruckten Buche eine Karte, welche durch eine Oeffnung 3 bis 4 Buchstaben sehen läßt, allmählig weiterschiebt.“

Was aus der Erfindung geworden ist, läßt sich leider nicht mehr feststellen.

Berufliche Erkrankungen der Schriftgießerei. Die Hauptursachen der beruflichen Schädigung in Schriftgießereigewerbe bestehen im Verschlucken von Blei und Antimon; vorwiegend beim Gießen mit saurem Zingern. Dagegen ist die Gefährdung durch giftige Gase in holländisch einwandfreien Betrieben sehr gering. Eine Reihe der auftretenden Beschwerden muß auf die häufig in Schriftgießerei betriebenen herrschenden hohen Temperaturen der überaus teuchten Luft zurückgeführt werden. Durch gründliche Staubbefämpfung, Dunsthauben, automatische Temperaturregulierung und persönliche Hygiene lassen sich die Gefahren der Schriftgießerei auf ein geringes Maß herabsetzen.

Violette Augen. Die gibt es sonst natürlich nicht, die waren — eine kaum bisher beobachtete Seltenheit — bei einem vierjährigen Kinde in Wien zu sehen, das sich beim Spiel über eine Schachtel mit übermanganäurem Kali, diesen dunkelvioioletten Kristallen, die zum Mundwasser usw. benutzt werden, hergemacht und sich davon etwas ins Auge getan hatte. Die Kristalle lösten sich leicht, auch hier in der von den Augapfelbindehäuten abgeforderten Flüssigkeit und färbten die Bindehaut der Lider und des Augapfels intensiv dunkelviolett. Der hinzugerufene Arzt verordnete reichliche Spülungen mit Borwasser und Wasserstoffsuperoxyd, so daß im Laufe des Tages der größte Teil der Violettfärbung beseitigt wor. Aber noch nach drei Wochen war diese seltene Augenfärbung nicht ganz getilgt.

Umsatzsteuerpielereien.

Preisabbauaktionen des Finanzministeriums?

Das neueste Heft des „Magazin der Wirtschaft“ enthält die folgende Notiz, die wir vollständig zum Ausdruck bringen:

Die Steuer- und Kartellpolitik der Regierung wird in sehr charakteristischer Weise durch eine Nachricht beleuchtet, die kurz vor Redaktionsschluss bei uns einläuft. Die Regierung hat den Salz-erzeugern die Umsatzsteuer für alle Verkäufe an das Salzsyndikat erlassen und plant ähnliches beim Kohlen-syndikat. In demselben Augenblick also, wo man Steuer-ermäßigungen aus fiskalischen Gründen für unmöglich erklärt, verringert man durch völlig willkürliche Sondervergünsti-gungen das Steuerergebnis. Und in demselben Augenblick, in dem man eine große Aktion gegen die Kartelle antündigt und unternimmt, erleichtert man durch weitgehendes Entgegen-kommen auf steuerlichem Gebiete gerade den bedenklichsten Kartellen, den Kartellen der Urproduktion, den Zusammenschluß. Für die wirtschaftspolitische Sachlage ist dies ein bezeichnendes Symptom. Gemisste Syndikate und Kartelle stehen außerhalb jeder Diskussion, sie sind vor den Angriffen der Regierung und des Kartellgerichts so sicher, daß sie die Abwehr der Kartellaktion der Regierung völlig den Kartellen der Fertigindustrie — also z. B. den Spinnern, der Glasindustrie und der keramischen Industrie — überlassen können.

Der Inhalt dieser Notiz ist klar. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß bei denjenigen Unternehmerverbänden, in denen die Einzelunternehmen ihre Verkaufsorganisation an den Verband übertragen haben, die Umsatzsteuer eine un sinnige Doppelbesteuerung wird, wenn man nicht nur den Um-satz der zentralen Verkaufsorganisation mit einer Steuer belastet, sondern auch den „Umsatz“ des Einzelunternehmens mit dem Syndi-kat; bedeutet doch diese Streichung der Steuer nur die Aner-ken nung der Tatsache, daß eine solche Kenderung der Verkaufs-organisation eingetreten ist. Tatsächlich findet mit dem Verkauf des Verbandsmittels an den Verband keine Eigentumsüber-tragung statt, wie bei jedem anderen Verkauf.

Es ist recht erfreulich, wenn jetzt auch auf Seiten der Regierung erkannt wird, daß die bisherige doppelte Erhebung der Umsatz-steuer in solchen Fällen unsinnig ist. Das Prinzip jedoch, das die Regierung jetzt im Verwaltungswege gegenüber dem Salzsyndikat anerkennt, das sie nach der erwähnten Notiz auch gegenüber dem Kohlen-syndikat bereit ist anzuerkennen, wurde, seitdem es eine Um-satzsteuer gibt, bei jeder Steuer- und Eintragsberatung von der Sozial-demokratischen Partei für die Genossenschaften der Er-zeuger und Verbraucher vertreten. Mit dem Erlaß der Umsatzsteuer für die Mitglieder des Salzsyndikats hat die Regierung das Prinzip wenigstens in einem Falle als richtig und damit die bisherige Erhebung als unsinnig anerkannt.

Als die Preisabbauaktion der Reichsregierung begann, wurde von einem hohen Beamten des Reichswirtschaftsministeriums darauf hingewiesen, daß es die Aufgabe der Regierung sein müsse, die Verbraucher- und Erzeugergemeinschaften einander näherzubringen. Angeblich soll der Reichsfinanz-minister bei der Verweigerung von Gehaltsverhöhungen für die Be-amten darauf hingewiesen haben, daß sie durch den Warenbezug von Konsumvereinen ihr Realeinkommen steigern könnten und sollten. Der Reichszentralrat hat eine Reihe von drohenden Pro-testen von Einzelhandelsorganisationen bekommen, weil er sich in Erinnerung an seine sozialpolitisch eingestimmte Oberbürgermeister-vergangenheit zu offen für die Förderung der Konsumvereine einge-setzt hat. Dennoch hat die Regierung auch jetzt noch nicht die Möglichkeit gefunden, auf dem gesetzgeberischen oder auf dem Ver-waltungswege der Doppelbesteuerung der Erzeuger- und Verbraucher-gemeinschaften bei der Umsatzsteuerhebung ein Ende zu machen.

Wir würden es begrüßen, wenn das Reichsfinanzministerium der Öffentlichkeit mitteilen würde, welche Bedingungen hin-sichtlich der Preisstellung des Salzsyndikats es an den Erlaß der Umsatzsteuer geknüpft hat. Außerdem aber scheint es jetzt nicht nur im Interesse der Preisabbauaktion der Regierung und in der Linie wiederholter ministerieller Erklärungen zu liegen, daß die Doppel-besteuerung der Genossenschaften endlich ihr Ende findet, sondern dies ist sogar eine Forderung steuerlicher Gerechtigkeit geworden. Was den Syndikaten der Rohstoffproduktion recht ist, ist für die Genossenschaften der landwirtschaftlichen Erzeuger und der städtischen Verbraucher nur billig.

Freilich ist sozial gerecht, daß nunmehr das Reichsfinanz-ministerium, wenn ihm dieser Vorschlag unterbreitet wird, auf ein-mal von neuem erbeden wird, daß der deutsche Staat eine Ver-minderung der Steuererträge nicht ertragen könne. Dann er-geht es aber ein sehr klares Entweder — Oder. Entweder Be-seitigung der sinnlosen Doppelbesteuerung für alle, die von ihr betroffen werden, oder Erhebung von sozial Steuern, wie ge-sehlich möglich ist. Der Zwischenschritt, den das Reichsfinanzministerium nunmehr beschritten hat, kann jedenfalls in keiner Weise gerechtfertigt werden, sondern bedeutet nichts als Klassenpolitik für die Unter-nehmungen der industriellen Urproduktion gegen die Landwirtschaft und die städtischen Verbraucher.

Um die landwirtschaftliche Siedlung.

Bauernvertreter beim Reichspräsidenten und Reichs-arbeitsminister.

Der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, der stets mit aller Energie für die För-derung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens eingetreten ist, hatte am Montag, den 9. November, Vertreter seiner Landes- und Pro-vinzialorganisationen zum Reichspräsidenten von Hindenburg und zum Reichsarbeitsminister Dr. Brauns entsandt.

Die erste Besprechung fand beim Reichsarbeits-minister statt. Die Ausführungen der Vertreter des Reichs-verbands gingen dahin, daß sowohl aus nationalen, aus bevölkerungs-politischen und wirtschaftlichen Gründen die landwirtschaftlichen Sied-lungen heute zu den wichtigsten Ausgaben von Reich und Ländern gezählt werden müssen. Das zur Durchführung der Siedlung geschaffene Reichs-siedlungsgesetz hat in weitgehendem Maße die Erwartungen aller Siedlungsfreunde ent-täuscht. Die auf Grund dieses Gesetzes tätigen Siedlungsgesell-schaften haben nicht einmal die Gewähr, die aus Polen vertriebenen Deutschen refugios anzufinden.

Dabei zwingt heute die allgemeine Notlage der Landwirte gerade den Großgrundbesitz zu seiner eigenen Erhaltung, Land in größerem Umfange abzugeben. Andererseits finden zahlreiche Landbe-gabende, die in der Lage sind, eine gewisse Anzahl von Leuten, weder die Siedlungsorganisationen noch ausreichende langfristige Mittel vor, um zu einer gesicherten Existenz zu kommen. Die Ver-treter des Reichsverbands haben insofern den Reichsarbeits-minister, seinerseits die Initiative zu ergreifen und dafür zu sorgen, daß vom Reich genügend Mittel zur beschleunigten Durchführung der Siedlung in den Etat eingestellt werden und daß auch in bezug auf die Siedlungsorganisationen neue Wege beschritten werden.

Der Reichsarbeitsminister antwortete, daß er mit den Ver-tretern des Reichsverbands in seiner Auffassung über die Notwendig-keit der landwirtschaftlichen Siedlungen und die Förderung ihrer Durchführung vollständig einig sei und daß er auch seiner-seits alles versuchen werde, um vom Reich genügend finanzielle Mittel bereitzustellen. Er wies jedoch auf einige schwer überwind-bare Widerstände hin, die sich der Durchführung dieses Vorhabens in den Weg stellen, besonders auf die schwer zu regelnden Zu-ständigkeitsfragen zwischen Reich und Ländern und auf die schwierige finanzielle Lage des Reiches. Da er aber den Siedlungs-gedanken für so außerordentlich wichtig und auch in der heutigen schwierigen Zeit für durchführbar halte, werde er möglichst schon bei den kommenden Etatberatungen darauf hinzuwirken versuchen, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Ueber die Besprechungen der Vertreter des Reichsverbands mit dem Reichspräsidenten gibt das Bureau des Reichspräsidenten folgenden Bericht:

„Der Herr Reichspräsident empfing heute eine Abordnung der Bauern- und Kleinbauernverbände, die von dem Hauptgeschäftsführer des Reichsverbands landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Herrn Lübbe, und dem Vorstand des schlesischen Bauernbundes, Herr Hiltmann, geführt waren. Die erschienenen Vertreter legten dem Herrn Reichspräsidenten die Notlage der existenz-losten Landwirte, nachgeborenen Bauernlöhne, verdrängten Pächtern u. s. w., denen durch beschleunigte großzügige Fortführung der landwirtschaftlichen Siedlungen eine landwirtschaftliche Existenz gegeben werden muß und wies auf die wirtschaftliche und nationale Bedeutung dieser Aufgabe hin.

Der Herr Reichspräsident betonte in seiner Erwiderung, daß er von der Bedeutung des Siedlungswertes überzeugt sei und der Notlage der gesamten bäuerlichen Schichten volles Verständ-nis entgegenbringt. Ebenso hofft er, daß die mit dieser Frage befaßten Stellen im Reich und in den Ländern, ferner die Land-besitzerverbände und die ländlichen Genossenschaften in gleich er Weise den Siedlungsaufgaben persönlichen Interesses und tatkräftige Förderung entgegenbringen. Das ist in den von Großgrundbesitzern beherrschten Gebieten bekanntlich wenig der Fall. (Red. d. B.)“ Andererseits macht der Herr Reichspräsident aber auch auf die schwierige finanzielle Lage des Reiches sowie der Länder aufmerksam. Der Herr Reichspräsident erklärte sich am Schluß der Aussprache bereit, dahin mitzuwirken, daß in Zusammenarbeit von Reich und Ländern und unter gerechtem Ausgleich der hier oft widerstrebenden Interessen das Werk der ländlichen Siedlung nachdrücklich fortgesetzt wird.

Folgen freier Wohnungswirtschaft . . . leure Kleinwohnungen.

Dem Foreign Press Service entnehmen wir folgende interessante Schilderung der Zustände, die sich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bei der Aufhebung der Wohnungsbeschränkung entwickelt hatten und die die Bestrebungen deutscher Hausbesitzer, möglichst bald die Fesseln der Zwangswirtschaft abzustreifen, mit allen ihren Konsequenzen be-leuchten:

In den Vereinigten Staaten, die so gerne als Muster aller Freiheit von staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben angesehen werden, hatte die auch dort in dem ersten Nachkriegsjahre in Erscheinung getretene starke Wohnungsnotknappheit ver-schiedene Einzelstaaten veranlaßt, Mieterschutzgesetze zu erlassen. Das für den Staat New York erlassene Notstands-gesetz wird, wenn es nicht von der Staatslegislatur verlängert wird, am 15. Februar nächsten Jahres ablaufen; darüber, ob eine Ver-längerung eintreten soll, ist in Albany, der Staatshauptstadt, bereits ein lebhafter Kampf entbrannt, dem die sachlichen Unterlagen zu liefern ein Komitee zusammengetreten ist, um die Erfahrungen mit der Freigabe der Wohnungswirtschaft in anderen Staaten und Distrikten zu sammeln. Es ergab sich dabei, daß im Bundesdistrikt Co-lombia, der im wesentlichen die Bundeshauptstadt Washington umfaßt, nach Freigabe der Wohnungswirtschaft auf Grund einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, der eine Kollage auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr für gegeben erachtete, die Mieten für Kleinwohnungen alsbald um mindestens 15 bis 20 Proz. hinausjagten. Dabei waren bereits seit 1917, als die Bautätigkeit zum Stillstand gelangt war, ver-schiedentlich Mietsteigerungen vorgenommen worden, die eben den Kongress zu mieterschutzähnlichen Maßnahmen veranlaßt hatten; diese waren zunächst für die Zeit des Krieges gedacht gewesen, waren aber wiederholt verlängert worden, zumal überhaupt erst 1922 wieder eine Bautätigkeit eingesetzt hatte. Die Kosten für die neuen Häuser waren derart, daß keine Wohnungen in ihnen ab-gegeben werden konnten, die sich auf weniger als 20 Dollar Miete pro Raum und Monat gestellt hätten. Nach Freigabe der Mietpreisüberwachung stiegen im besonderen die Mieten für Kleinwohnungen, solche für Arbeiter, An-gestellte in den Regierungs- und sonstigen Bureaus. Diese Steige-rung belief sich im Durchschnitt bei Wohnungen mit einem Mietpreis bis zu 50 Dollar pro Monat auf 25 Proz., während gleichzeitig kost-spielige Wohnungen mit Monatsmieten von 100 Dollar in größerer Zahl frei wurden und bald die Mietpreise für diese Klasse von Wohnungen gelenkt werden mußten. Die Ursache hierfür ist naturgemäß zu suchen in dem Mangel an Interesse des Baukapitals an Kleinwohnungen, das sich bei uns seit 1914 im allgemeinen ähnlich verhalten hat, nicht immer wie das Washing-toner Beispiel gezeigt hat, zu seinem eigenen Vorteil, da die Preise für größere Wohnungen sich nicht haben in der gehofften Höhe halten können.

Vorkehrungen für Abdeckung von Rentenbank-Krediten. Be-tanntlich sind noch in diesem Jahre ein Drittel der von der Rentenbank begebenen landwirtschaftlichen Kredite ab-zudecken. Die in Betracht kommende Summe von etwas über 600 Millionen braucht aber noch nicht in vollem Umfange direkt von der Landwirtschaft aufgebracht zu werden, da das Institut noch auf gewisse Reserven zurückgreifen kann. So kommen die an-größeren Banken kurzfristig ausgeliehenen 50 Millionen Mark am Fälligkeitstermin Ende November in vollem Umfange zur Ein-zahlung. Man nimmt an, daß dem im Großverlehr der Börse flüssigen Geldmarkte hieraus keinerlei Schwierigkeiten erwachsen.

Aus der Partei.

Gegen den Marokkofriede!

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat in ihrer Sitzung in London die Situation in Marokko geprüft und folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

Indem die Exekutive der S. A. I., dem Beschluß des Kongresses von Marseille gemäß, neuerlich die schleunigste Beendigung des Marokkatrieges fordert, protestiert sie dagegen, daß den Kämpfern um die Selbständigkeit des Rif nicht einmal die Rechte kriegsführender Mächte zuerkannt werden, obwohl durch wiederholte Verhandlungen über den Friedensschluß Abd el Krim als gleichzeitige Macht anerkannt wurde; protestiert sie dagegen, daß infolgedessen nicht einmal den Ambulanzen des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds erlaubt wird, den Rüstgegnern und den französischen und spanischen Gefangenen Hilfe zu bringen, und fordert daher im Namen der Menschlichkeit von der französischen und der spanischen Regierung die Zulassung von Ambulanzen des Roten Halbmonds und des Roten Kreuzes auf der Seite der Rüstkämpfer.“

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin S. O., Lindenstraße 1, 1. Hof, 3. Stock, rechts, zu richten.

- 4. Kreis Bernauer Berg, Donnerstag, den 12. November, 7 Uhr, im Reichshaus, Danziger Str. 64, Zimmer 26, Sitzung des thüring. Kreisverbandes mit den neugewählten Stadt- und Bezirksvorständen (Wahl-protokoll 1-25).
- 7. Kreis Charlottenburg, Oktobersitzung für Arbeiterbewegung: Donnerstag, den 12. November, 7 1/2 Uhr, im Rathaus, Berliner Straße, Zimmer 2, Vortrag des Genossen Brückner, Jungsozialisten, Arbeiterjugend sind herzlich eingeladen.
- 11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen, Am 23. Dezember findet in der Söckelbrunnen eine Weihnachtsfeier statt. Gemischten Gesang der Abteilungen auf dem Festabend u. s. w. Die Abteilungen werden gebeten, recht viele zu kommen. Weihnachtsbaum von Kindern hat bei den Abteilungsleitern ab-zuwarten.
- 14. Kreis Kreuzberg, Donnerstag, den 12. November, 8 Uhr, treffen sich die Genossen, welche sich an der Kandidation beteiligen wollen, bestimmt bei Ortsgar, Weißgasse 9. Abteilungsleiter kommen mitbringen. — Sonntag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, findet in Seidow, Restaurant Brämann, aus Anlaß der Provinziallandtagswahlen eine öffentliche Wählerversammlung statt. Alle Genossen sind herzlich zur Teilnahme eingeladen. Treffpunkt Sonntag mittags 12 Uhr zur Abfahrt nach Budow. Haltestelle Rosinowenstraße.

Heute, Mittwoch, den 11. November:

- 18. Wkt. Die Mittelbeherverammlung kann unabhängig von erst am Mittwoch, den 12. November, stattfinden.
- 28. Wkt. 7 1/2 Uhr Abends in den bekannten Lokalen.
- 41. Wkt. Abends in den bekannten Lokalen.
- 48. Wkt. 7 1/2 Uhr in Wilhelmstr. 10, Hofstr. 68, Vortrag: „Die politische Lage und unsere“ Referent: Reichsminister Dr. Brüning.
- Charlottenburg, 31. Wkt. 7 1/2 Uhr: Abends: 1. Gruppe bei Schellbach; 2. Gruppe bei Schellbach, Sophie-Charlotte-Str. 24; 3. Gruppe bei Öbere, Dammstraße 18. — 32. Wkt. 7 1/2 Uhr Abends: 1. 2. und 3. Bezirk bei Schellbach, Dammstraße 2. Vortrag: „Die wirtschafts-politische Lage und die Arbeiterfrage.“ Referent: Genosse Carls.
- 72. Wkt. Hiltmannstr. 10, Vortrag: Der Abends findet bei Schellbach, Dammstraße 18, statt.
- 85. Wkt. Tempelhofer, 7 1/2 Uhr Abends: 1. Bezirk bei Hiltmann, Dammstr. 1. 2. Bezirk: „Der Kampf um die Arbeiterfrage.“ Referent: Genosse Carls.
- 106. Wkt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr Abends bei Palm, Altonaer Str. 11.
- 108. Wkt. Dammstraße, 7 1/2 Uhr im Lokal Hermann, Dammstraße. Adressenliste.
- 109. Wkt. Kreuzberg, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.
- 117. Wkt. Hiltmannstr. 10, Die Mittelbeherverammlung bei Hiltmann. Vortrag: „Das Selbstbestimmungsprogramm.“ Referent: Genosse Carls.
- 121. Wkt. Kreuzberg, 8 Uhr bei Baumgarten, Revolutionstraße. Vortrag des Genossen Wolf Deum. Referent: Genosse Carls. Vortrag: „Unser Kampf um die Arbeiterfrage.“ Nach Beendigung der Feier: Parteimittagessen.
- 122. Wkt. Kreuzberg, 7 1/2 Uhr Mittelbeherverammlung bei Hiltmann, Hiltmannstr. 10, Vortrag: Der Abends findet aus.
- Wkt. 166. Hiltmannstr. Gruppe Charlottenburg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Köpenicker Str. 4, Aussprache über den Konflikt mit dem Reichsverband. Referent: Dr. Brüning. — Gruppe Öbere: Teilnahme an der Arbeiterbewegung der S. A. I. im Jugendheim Köpenicker Str. 4 am Donnerstag, den 12. November, 7 1/2 Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

106. Wkt. Hiltmannstr. Unter Genosse Wilhelm Rasche, Kubower Straße 11, ist verstorben. Beerdigung am Donnerstag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof. Wir erwarten viele Teilnahmen.

Jugendveranstaltungen.

Mittwoch, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr:

- Wkt. 106. Hiltmannstr. Schule Kreuzberg, Adressenliste. Vortrag: „Was und Wo?“ Referent: Genosse Carls.
- Wkt. 108. Dammstraße. Schule Dammstraße, Köpenicker Str. 10, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.
- Wkt. 109. Kreuzberg. Schule Kreuzberg, Köpenicker Str. 10, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.
- Wkt. 117. Hiltmannstr. 10. Schule Hiltmannstr. 10, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.
- Wkt. 121. Kreuzberg. Schule Kreuzberg, Köpenicker Str. 10, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.
- Wkt. 122. Kreuzberg. Schule Kreuzberg, Köpenicker Str. 10, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.

Bildungsurge:

Wkt. 106. Hiltmannstr. Jugendheim Köpenicker Str. 4, Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent: Genosse Carls.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wkt. 106. Hiltmannstr. Schule Kreuzberg, Adressenliste. Vortrag: „Was und Wo?“ Referent: Genosse Carls.

„Ein Lebenskünstler“

Nach dem Drama von Richard Voss. Der große Erfolg des B. Y. L., Potsdamer Straße 28. National-Film-Wochenprogramm an jeder 2. Litzfasskule.

Arterienverkalkung! die Drohung des Alters

Kaffee Hag - Probierstube Berlin, Kurfürstendamm 26a

Wer lange leben will, trinkt Kaffee Hag

